

Protokoll
des Grossen Gemeinderates von Spiez
Sitzung Nr. 195 vom 18. Juni 2007, 17.00 Uhr,
im Gemeindesaal Lötschberg, Spiez

Vorsitz	Aegerter Klaus
Anwesende Mitglieder	EDU Gradwell Barbara Sigrist Adrian
	EVP Bärtschi Godi Bürki Andreas Kiener Markus
	FDP Gurtner Urs Hautle Ernst Lanz Daniel Sennhauser Franz (ab 18.45 Uhr)
	FS Hürlimann Christoph Hürlimann Evi Indermühle Theres Schafroth Gerhard
	GFL Aegerter Klaus Büchi Anna (bis 22.35 Uhr)
	JL Keiser Nadja
	SP Baumann Eliane (bis 21.55 Uhr) Grandjean Irma Hauck Annina Hauck Bernhard Holderegger Walter Nelles Joachim Nyffenegger Ulrich Thöni Astrid Trachsel Verena Trummer Albert Zybach Ursula
	SVP Briggen Willi Brunner Jolanda von Känel Kurt Kislig Peter Maibach Urs Mühlematter Christine Müller Paul Roe Marianne Staudenmann Jürg

Anwesend zu Beginn	35 Mitglieder; der Rat ist beschlussfähig	
Jugendrat	Dunkelmann Daniel Liebi Jasimin	
Sekretär	Sigrist Konrad	
Protokollführer	Zürcher Adrian	
Presse	Peternell Svend Maurer Hanspeter	Berner Oberländer / Thuner Tagblatt
ZuhörerInnen	ca. 7 Personen	
Vertreter Gemeinderat	Arnold Franz, Gemeindepräsident Brenzikofer Klaus (ab 19.00 Uhr) Erni Ursula Frei Kurt von Känel Jacqueline Kocherhans Stefan Zaugg Christian	SP SVP EVP SP SP FDP FS
AbteilungsleiterIn	Christen Stefan, Finanzverwalter Heiniger Renato, Polizeiinspektor Mäder Ernst, Steuerverwalter Müller Therese, Leiterin Soziale Dienste Schneider Ueli, Bauverwalter a.i. Steffen Ernst, Leiter AHV-Zweigstelle	

E r ö f f n u n g

Der Vorsitzende begrüsst die Mitglieder beider Räte, die Vertreter der Medien, die Vertreter des Jugendrates, den Sekretär, den Protokollführer, sowie die Zuhörerinnen und Zuhörer zur 195. Sitzung des Grossen Gemeinderates von Spiez.

T r a k t a n d e n l i s t e

Nadja Keiser: Sie beantragt, Traktandum 4 b) vor Traktandum 4 a) zu behandeln. Von der Sache her ist es logischer, zuerst das Grundsätzliche zu diskutieren.

Abstimmung (mit grossem Mehr)

Dem Antrag von Nadja Keiser Traktandum 4 b) vor Traktandum 4 a) zu behandeln, wird zugestimmt.

1. 138/07 Protokoll der Sitzung vom 23. April 2007
2. 139/07 Verwaltungsbericht 2006
3. 140/07 Gemeinderechnung 2006

4. 141/07 Friedhof- und Bestattungsreglement inkl. Anhang I (Gebührentarif)
 - a) Motion FDP-Fraktion (D. Lanz) betr. vernünftige Finanzierung des Friedhof- und Bestattungswesens
 - b) Totalrevision

5. 142/07 Ausbau Sauberwasserkanalisation Allmendweg, Faulensee / Verpflichtungskredit von Fr. 300'000.--

6. 143/07 AHV-Zweigstelle Region Spiez / Stellenschaffung

7. 144/07 Allgemeine Aufgabenüberprüfung
 - Verzicht auf Gratisabgabe von Velovignetten an Schulkinder
 - Kürzung des jährlichen Beitrages an verkehrssichernde Massnahmen

8. 145/07 Informationen des Gemeindepräsidenten

9. 146/07 Neue Einfache Anfragen

10. 147/07 Behandlung parlamentarischer Vorstösse
 - Postulat G. Schafroth (FS) betr. Gestaltung Bahnhof und Seestrasse
 - Motion P. Müller (SVP) betr. Überprüfung Produktegruppe Kinder- und Jugendarbeit
 - Motion FDP-Fraktion (D. Lanz) betr. Überprüfung und Standardanpassung Produktegruppe Verwaltungsführung
 - Motion FDP-Fraktion (F. Sennhauser) betr. Überprüfung Produktegruppe Gemeindepolizeiwesen
 - Motion FDP-Fraktion (U. Gurtner) betr. Ausgabenüberprüfung statt Steuererhöhung
 - Motion SVP-Fraktion (Ch. Mühlematter) betr. Überprüfung der Produktgruppen Kultur, Politische Führung, Wirtschaft und Tourismus, Sport
 - Motion SP-Fraktion (U. Nyffenegger) betr. Leitbild für die Entwicklung der Gemeinde Spiez
 - Motion B. Gradwell (EDU) betr. Schulwegsicherung bei der Bushaltestelle Ghei (Abschreibung)

11. 148/07 Neueingänge parlamentarischer Vorstösse

V e r h a n d l u n g e n

138 P Protokoll
Sitzung vom 23. April 2007
 Das Protokoll wird genehmigt.

139 1.131 **Verwaltungsbericht Gemeinde** **Verwaltungsbericht 2006**

Der Vorsitzende dankt namens des GGR der Verwaltung und dem Gemeinderat für die Verfassung des Verwaltungsberichtes.

Ausführungen des Gemeinderates

Seitens des Gemeinderates werden keine Ergänzungen angebracht.

Stellungnahme der GPK

Andreas Bürki: Die GPK hat sich mit dem Verwaltungsbericht auseinandergesetzt und empfiehlt, diesem zuzustimmen. Der Verwaltungsbericht gibt einen umfangreichen und interessanten Einblick in die verschiedenen Tätigkeiten der Verwaltung. Wesentliche Fehler oder Mängel wurden nicht festgestellt. Aus den einzelnen Verwaltungsabteilungen ist folgendes aufgefallen:

Gemeindeschreiberei (Seite 22)

Der Informationsgehalt einzelner Inhalte kann nicht überall nachvollzogen werden

„zum 8. Mal verliessen Schüler den Längenstein nach Schulmodell 6/3.“

Soziale Dienste und Abteilung Sicherheit

Interpretationen einzelner Punkte sowie Hinweise auf die brennenden „Megatrends“ fehlen.

Bauverwaltung (Seite 28)

Der wachsende Wertverlust an den Gemeindestrassen stimmt nachdenklich. Viele Strassen aus den 80er-Jahren haben demnächst eine Belagssanierung nötig.

Finanzen

Die Rechnung 2006 steht im Zentrum. Es finden sich kaum Informationen zum Thema NPM, obschon im Jahre 2006 einige wichtige Weichenstellungen diskutiert und diverse neue Produkte eingeführt wurden.

Steuern und AHV-Zweigstelle

Der Text ist relativ kurz gefasst. Einzelne Interpretationen der einen oder anderen Zahl hätte wohl von Interesse sein können.

Es erübrigt sich eine Diskussion betreffend Umfang des Verwaltungsberichtes, da er zum zweitletzten Mal in dieser Form erstellt wurde. Es wird angeregt, für die letzte Ausgabe einen maximalen Umfang von 50 Seiten anzustreben. Der Umfang ist kontinuierlich auf 61 Seiten angestiegen. Ausserdem sollte den Inhalten mehr Aufmerksamkeit in Bezug auf die NPM-Produkte geschenkt werden.

Eintreten

Das Eintreten ist unbestritten

Allgemeines

Fraktionssprecher

Christine Mühlematter (SVP): Die SVP-Fraktion hat sich den Verwaltungsbericht zu Gemüte geführt. Es konnte festgestellt werden, dass ein umfangreiches, informatives Zeitdokument verfasst wurde. Die SVP-Fraktion kann dem Verwaltungsbericht zustimmen und dankt allen Beteiligten.

Allgemeine Diskussion

Keine Wortmeldungen.

Abschnittweise Beratung

Grosser Gemeinderat (Seite 6)

Christine Mühlematter (SVP): Die SVP-Fraktion bringt folgende Korrektur an:

Bircher Willi, Spiezwiler (bis 19.06.2006)

Maibach Urs, Spiez (ab 20.06.2006)

Real- und Sekundarschulkommission (Seite 22)

Christine Mühlematter (SVP): Die SVP-Fraktion bringt folgende Korrektur an:

Bernhard Abbühl und Stefan Kocherhans haben ihr Amt als Schulleiter des Schulzentrums Längenstein per 31. Juli ~~2007~~ **2006** aufgegeben.

c) Brunnenausschuss (Seiten 27 und 28)

Walter Holderegger: Der Buchtbrunnen läuft seit mehr als zwei Jahren nicht mehr. Ein Projekt für die Wiederinbetriebnahme besteht nicht. Es wäre wünschenswert, wenn der Brunnen wieder laufen würde.

Grafik Einsprachen (Seite 25)

Christine Mühlematter (SVP): Es wird auf die fehlende Legende im Anschluss an die Grafik hingewiesen.

Beschluss (einstimmig)

Der Grosse Gemeinderat von Spiez

- auf Antrag des Gemeinderates
- gestützt auf Art. 40 f) der Gemeindeordnung

b e s c h l i e s s t :

Der Verwaltungsbericht der Gemeinde Spiez betreffend das Jahr 2006 wird genehmigt.

140 8.201 Gemeinderechnung

Gemeinderechnung 2006

Ausführungen des Gemeinderates

Kurt Frei: Es hängt von der Betrachtungsweise ab, ob man die Rechnung 2006 positiv oder negativ interpretiert. Tatsache ist, dass die Rechnung 2006 rund um eine Million Franken besser abschliesst als budgetiert. Bei der Betrachtung der einzelnen Positionen, welche zu dieser Besserstellung geführt haben, fällt vor allem der höhere Steuerertrag von fast Fr. 1 Mio. auf. Weiter sind die Sach- und Personalaufwendungen um fast Fr. 1 Mio. tiefer ausgefallen als budgetiert. Schlechterstellungen müssen in folgenden Bereichen zur Kenntnis genommen werden:

- Höhere Abschreibungen (höheres Verwaltungsvermögen und zusätzliche Abschreibungen) von Fr. 1.37 Mio.
- Tiefere Rückerstattungen an das Gemeinwesen (Leistungen aus dem Finanzausgleich) von Fr. 4.16 Mio.

Bei der Investitionsrechnung kann folgendes festgestellt werden:

- Die Nettoinvestitionen betragen rund Fr. 4.5 Mio.
- Davon konnten Fr. 3.8 Mio. selber erwirtschaftet werden
- Die restlichen Fr. 734'000.-- mussten als Finanzierungsfehlbetrag abgebucht werden.

Der Schuldenzuwachs hat sich verlangsamt. Im Jahre 2006 betrug der Verschuldungsanstieg bei Nettoinvestitionen von Fr. 4.5 Mio. noch Fr. 500'000.-- (Rechnung 2005 Anstieg um Fr. 2.9 Mio.). Der Gemeinderat hat im letzten Jahr beschlossen, ab Rechnungsjahr 2007 die Nettoinvestitionen bei rund Fr. 2 Mio. zu plafonieren. Wäre diese Plafonierung bereits im vergangenen Jahr vorgenommen worden, wäre eine Entschuldung von rund Fr. 1.8 Mio. entstanden.

Bei der Betrachtung des Selbstfinanzierungsanteils kann festgestellt werden, dass die Gemeinde Spiez immer noch mehrere Prozentpunkte hinter dem kantonalen Mittel liegt.

Der Vergleich zwischen Lastenausgleich und Steuerertrag zeigt, dass sich der Lastenausgleichsindex ein wenig verflacht hat und der Steuerertragsindex moderat angestiegen ist. Aus diesen Daten kann festgestellt werden, dass sich der Wirtschaftsaufschwung scheinbar auch bei den Gemeindefinanzen bemerkbar macht.

Die Entwicklung des Steuerertrages zeigt, im Jahr 2006 eine Zunahme von Fr. 1.6 Mio. In Spiez kann eine rege Bautätigkeit festgestellt werden. Auch die Gemeinde hat sich als Landverkäuferin betätigt. Es taucht immer wieder die Frage auf, was dies steuerlich bringt. Aufgrund des Liegenschaftssteuerertrages kann festgestellt werden, dass es in Spiez eine immer grösser werdende Anzahl von Liegenschaftsbesitzern gibt. Die Tendenz ist steigend. Es werden auch bestehende Liegenschaften saniert. Dies löst wiederum eine Neubewertung aus, welche einen höheren amtlichen Wert und damit verbunden höhere Liegenschaftssteuern zur Folge hat.

Seit 2005 dreht sich in der Gemeinde Spiez sehr Vieles um die Gemeindefinanzen. Der Gemeinderat hat die Voten aus dem GGR zur Kenntnis genommen. Er hat sich Gedanken gemacht, wie die Gemeinde finanziell „fitter“ gemacht werden kann. In einem ersten Schritt sind die Nettoinvestitionen auf Fr. 2 Mio. plafoniert worden. Ein weiterer Schritt war die Überprüfung der Aufgaben und Gebühren. Mit diesen Massnahmen hat der Gemeinderat nicht nur Freunde gewonnen. Der Gemeinderat hat Massnahmen bereits eingeleitet. Es ist nun die

Zeit gekommen, dass auch der GGR solche Entscheide treffen muss. Heute sind bereits zwei Geschäfte traktandiert, welche die laufende Rechnung entlasten sollen.

Die Gemeindefinanzen können mit einem grossen Schiff verglichen werden. Dieses kann nicht so manövriert werden wie ein Rennboot. Die Wendemanöver müssen sachte ausgeführt werden, sonst könnte sich die Ladung verschieben und das Boot kentern. Der Gemeinderat hat die Probleme erkannt, die Situation analysiert und den Kurs neu bestimmt. Damit das Boot ganz auf den neuen Kurs ausgerichtet werden kann, braucht es den Einsatz der ganzen Besatzung, das heisst GGR und Gemeinderat.

Allen Steuerpflichtigen, welche ihren Verpflichtungen nachgekommen sind, wird bestens gedankt. Es wird auch allen Budgetverantwortlichen gedankt, welche die Zeichen der Zeit erkannt haben und jeweils Ende Jahr nicht in einen Kaufrausch verfallen. Gedankt wird auch Finanzverwalter Stefan Christen, welcher ihn in seiner Tätigkeit als Finanzvorsteher stets beratend unterstützt.

Franz Arnold: Anlässlich der Volksabstimmung vom 9. - 11. März 2007 wurde die neue Gemeindeordnung angenommen. NPM kann nun wie vorgesehen auf den 1. Januar 2008 flächendeckend eingeführt werden. In einem nächsten Schritt sollen nun die Sachkommissionen gebildet werden. Im September 2007 wird eine Sitzung mit Vertretern der politischen Parteien stattfinden, wo die Mitglieder der Sachkommissionen bestimmt werden. Bei starken Abweichungen bei den NPM-Produktgruppenrechnungen sind Begründungen anschliessend aufgelistet. Es wurde bereits erwähnt, dass der Verwaltungsbericht im nächsten Jahr zum letzten Mal in dieser Form erscheint. Es wird danach ein neues Layout geben. Der Bericht wird über die wichtigsten Zahlen der Rechnung Auskunft geben und gleichzeitig über die Tätigkeit der Verwaltung. Die Form des Berichtes ist noch nicht definiert. Wichtig ist, dass das Detailprinzip der Rechnung im Hintergrund aufrecht erhalten bleibt und jederzeit eingesehen werden kann.

Stellungnahme der GPK

Jolanda Brunner: Der Bestätigungsbericht des Rechnungsprüfungsorgans Ernst & Young wurde der GPK vorgelegt. Die Richtigkeit der Rechnung wird bestätigt. Die Plafonierung der Investitionen auf Fr. 2 Mio. macht Sinn und ist richtig. Nur so kann das Legislaturziel des Schuldenabbaus erreicht werden. Der Selbstfinanzierungsgrad wird zwar als gut bezeichnet. Wenn dies aber zu einer Neuverschuldung führt, kann dies nicht sehr befriedigend sein. Bei der Investitionsrechnung fällt auf, dass man bemüht war, die budgetierten Summen nicht zu überschreiten. Viele kleinere Projekte wurden obwohl sie budgetiert waren, nicht ausgeführt. Aus den Zahlen ist auch ersichtlich, dass der Voranschlag nicht überall ausgeschöpft wurde. Beim allgemeinen Sachaufwand wurden zwar Fr. 285'000.-- budgetiert, aber nur Fr. 208'000.-- ausgegeben. Bei der Verpflichtungskreditkontrolle ist der GPK auf den Seiten 35 und 36 aufgefallen, dass bei zwei noch nicht abgerechneten Krediten (Generelle Entwässerungsplanung und Entlastungskanal Bürgquartier) relativ massive Kreditüberschreitungen bestehen. Es ist nicht befriedigend, wenn bei sich abzeichnenden Kreditüberschreitungen keine Nachkredite beantragt werden. Im Grossen und Ganzen ist es schön, wenn die Rechnung besser ausfällt als der Voranschlag. Dem Gemeinderat und der Finanzverwaltung mit Finanzverwalter Stefan Christen wird für die grosse Arbeit bestens gedankt. Die GPK beantragt, den Nachkredit von Fr. 800'000.-- für die zusätzlichen Abschreibungen und die Gemeinderechnungen 2006 zu genehmigen.

Eintreten

Das Eintreten ist unbestritten

Allgemeines

Fraktionssprecher

Paul Müller (SVP): Die Gemeinderechnung 2006 ist ein umfangreiches Dokument, welches nicht ganz einfach zu lesen ist, da die NPM-Produkte zum Teil bereits integriert sind. Die SVP-Fraktion dankt allen Beteiligten für die grosse Arbeit. Das Ziel des Gemeinderates, die Schulden abzubauen, konnte nicht erreicht werden. Der Spardruck allerdings hat sich bereits an einigen Orten niedergeschlagen. Aber es reicht noch nicht. Wir wissen es alle, Sparen tut weh und geht manchmal an die Substanz. Wir müssen dringend auf Wünschbares verzichten und unsere Konzentration auf das Notwendige richten. Die SVP-Fraktion weiss, dass viele Aufgaben von übergeordneten Stellen übertragen sind. Hier kann wenig oder gar nichts beeinflusst werden. Vielleicht wäre es aber möglich, neue Steuern zu generieren mit der Ansiedlung von Gewerbe, Industrie oder Hotels. In anderen Gemeinden konnte festgestellt werden, dass Gewerbebauten entstehen oder entstanden sind. Somit würden neue Arbeitsplätze vermehrt Möglichkeiten bieten, Arbeitslose zu beschäftigen. Der Gemeinderat wird gebeten, in diese Richtung Ausschau zu halten. Die SVP-Fraktion wünscht, dass in Zukunft auf Seite 63 die Zinssätze aufgeführt werden. Dem Finanzvorsteher sowie dem Finanzverwalter mit seinem Team wird für die grosse Arbeit bestens gedankt. Die Gemeinderechnung 2006 wird zur Annahme empfohlen.

Bernhard Hauck (SP): Die SP-Fraktion anerkennt die grossen Sparbemühungen der Verwaltung im Jahre 2006. Es fällt auf, dass die Personalaufwendungen gegenüber dem Voranschlag um Fr. 384'000.-- tiefer ausfallen. Hier ist man sicher punkto Effizienz an der Schmerzgrenze des Zumutbaren angelangt. Abgänge wegen permanenter Arbeitsüberlastung kann sich die Gemeinde in Zukunft nicht mehr leisten. Ebenfalls ein Indiz für diese Bemühungen ist der reduzierte Sachaufwand von rund Fr. 620'000.-- gegenüber dem Budget. Die markantesten negativen Abweichungen in der Rechnung 2006 sind kaum beeinflussbar. Es handelt sich um die über Fr. 4 Mio. aus den Rückerstattungen aus dem Lastenausgleich der Sozialhilfe. Wenn wir in naher Zukunft bei der Definition der Standards keine gemeinsame Nenner finden und die Investitionen nicht noch mehr reduziert werden, bleiben uns nicht mehr viele Interventionsinstrumente, um die kommende Rechnung zu verbessern. Die SP-Fraktion dankt Finanzvorsteher Kurt Frei sowie Finanzverwalter Stefan Christen und seinem Team für die Arbeit und empfiehlt, die Rechnung zu genehmigen.

Daniel Lanz (FDP): Die FDP-Fraktion sieht bei der Gemeinderechnung 2006 positive Punkte. Es konnten zusätzliche Abschreibungen von Fr. 800'000.-- vorgenommen werden. Dies ist positiv. Weiter ist positiv, dass die Rechnung besser als der Voranschlag abschliesst. Es besteht jedoch der Verdacht, dass man sich immer am Voranschlag misst und deshalb von Anfang an höher budgetiert als man eigentlich sollte. Bei der nächsten Budgetdebatte ist zu prüfen, ob an diesem Verdacht etwas dran sein könnte. Schlussendlich ist es eine Tatsache, dass rund Fr. 1.6 Mio. mehr Steuereinnahmen resultieren. Diese Mehreinnahmen sind 1 : 1 in der laufenden Rechnung wieder ausgegeben worden. Es wird auf drei Problempunkte hingewiesen:

1. Eigenkapital

Auf Seite 18 steht, dass die Investitionsfolgekosten in den Jahren 2007 - 2011 Fr. 7.81 Mio. betragen. Der Handlungsspielraum beträgt Fr. 0.9 Mio. Das heisst, dass rund Fr. 6 Mio. durch Eigenkapital getragen werden muss. Das Eigenkapital wird im Jahre 2011 voraussichtlich aufgebraucht sein. Dies ist eine harte Aussage. Die Substanz geht aus.

2. Verschuldung

Ein Selbstfinanzierungsgrad von unter 100 % bedeutet eine Verschuldung. Warum ein Selbstfinanzierungsgrad von unter 100 % als sehr gut bezeichnet wird, ist schleierhaft.

3. Investitionen

Der Selbstfinanzierungsanteil ist die wichtigste Kennziffer. Die Gemeinde Spiez weist 6 % aus. Dies ist ungenügend. Dies heisst, dass die Gemeinde zu wenig investiert und dies nicht einmal selber finanzieren kann.

Der Gemeinderat will die Investitionen der Selbstfinanzierung anpassen. Bei allem Respekt kann man bei diesem Punkt nur den Kopf schütteln. Dem letzten Abschnitt des Gemeinderates im Vorbericht auf Seite 23 kann zugestimmt werden: *„Dementsprechend müssen dauerhafte Massnahmen zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit in der Laufenden Rechnung eingeleitet werden.“* Die FDP-Fraktion kann der Rechnung so nicht zustimmen.

Christoph Hürlimann (FS): Zur Plafonierung der Investitionen auf Fr. 2 Mio. kann ausgeführt werden, dass die Gemeinde ein relativ überaltertes Kanalisationsleitungssystem aufweist. Wenn die Spezialfinanzierung nicht mehr ausreicht, die Kosten zu tragen, wird dies das Investitionsprogramm beeinflussen. Die Fr. 2 Mio. können so nicht eingehalten werden. Es müssen wahrscheinlich noch andere Massnahmen ergriffen werden. Die FS-Fraktion dankt den Verantwortlichen für die grosse Arbeit und kann der Rechnung 2006 zustimmen. Man wünscht sich wesentliche Massnahmen im Bereich der laufenden Rechnung.

Allgemeine Diskussion

Keine Wortmeldungen.

Abschnittweise Beratung

Keine Wortmeldungen.

Beschluss (mit grossem Mehr)

Der Grosse Gemeinderat von Spiez

- auf Antrag des Gemeinderates
- gestützt auf Art. 40 f) der Gemeindeordnung

b e s c h l i e s s t :

1. Der Nachkredit von Fr. 800'000.-- (zusätzliche Abschreibungen) wird genehmigt.
2. Die Gemeinderechnungen des Jahres 2006 werden genehmigt.

141 1.12 Reglemente/Verordnungen Friedhof- und Bestattungsreglement inkl. Anhang I (Gebührentarif)

a) Motion FDP-Fraktion (D. Lanz) betr. vernünftige Finanzierung des Friedhof- und Bestattungswesens

Ausführungen des Gemeinderates

Christian Zaugg: Die Motion der FDP-Fraktion (D. Lanz) enthält zwei Forderungen. Als erstes soll der Standard im Friedhofwesen pietätvoll, kostengünstig eventuell unentgeltlich sein. Zweitens sollen die Nettokosten weniger als Fr. 250'000.-- betragen. Der erste Teil der Motion soll mit dem nachfolgenden Geschäft erfüllt werden. Der Motionär verlangt zwar zum Teil Gratisbestattungen. Der zweite Teil nämlich die Nettokosten unter Fr. 250'000.-- zu senken, ist nicht ganz realistisch. Ein pietätvoller Standard beinhaltet nach Ansicht des Gemeinderates auch eine gepflegte Friedhofanlage. Die Gemeinde hat drei Friedhöfe. Der Aufwand könnte reduziert werden, indem die Bäume gefällt werden, das Gras wachsen gelassen wird, die Hecken um die Friedhöfe entfernt werden etc. Dies sind alles Massnahmen, welche die Aufwendungen reduzieren würden. Es stellt sich jedoch die Frage, ob dies die Spiezer Bevölkerung wünscht. Nicht nur der Unterhalt der Friedhöfe verursacht Kosten, sondern auch die Gräberaufhebungen. Dies verursacht in der Regel recht massive Kosten. Die Ansätze der Friedhofgärtner sind relativ tief. Die Maschinenkosten sind in diesen Ansätzen inbegriffen. Diese Ansätze halten Bestand mit anderen Gewerbetreibenden. Der Gemeinderat will die Friedhöfe kostengünstig bewirtschaften. Der Gemeinderat empfiehlt, die Motion deshalb zur Ablehnung.

Ausführungen des Motionärs

Daniel Lanz: Er stellt richtig, dass die Motion aus dem ersten Teil besteht. Im zweiten Teil handelt es sich um die Begründung. Die Motion besteht demnach aus den zwei ersten Sätzen: „Der Gemeinderat wird beauftragt, im Friedhof- und Bestattungswesen eine vernünftige Kostendeckung auszuarbeiten.“ Dies kann mit der Annahme des Folgegeschäftes erreicht werden. Der zweite Satz, die Nettokosten pro Jahr auf unter Fr. 250'000.-- zu senken, kann wohl nicht erreicht werden. Deshalb **zieht er die Motion zurück**, in der Hoffnung, dass dem Folgegeschäft zugestimmt wird,.

a) Totalrevision

Ausführungen des Gemeinderates

Christian Zaugg: Die Überarbeitung des Friedhof- und Bestattungsreglementes ist ein Legislaturziel des Gemeinderates. Man versucht erneut, massvolle Bestattungsgebühren einzuführen. Im Hinterkopf hat man immer noch das Referendum aus dem Jahre 1993 und der daraus resultierenden Volksabstimmung, wo das Friedhof- und Bestattungsreglement abgelehnt wurde. Im Reglement selber werden nur marginale Änderungen vorgenommen (Wechsel von Zuständigkeiten und Bezeichnungen). Im Mittelpunkt steht der Anhang I mit den Gebühren für Bestattungen. Nebst den eigentlichen Bestattungsgebühren wurden auch Nebengebühren (Nutzung der Aufbahrungshalle und weiterer zusätzlicher Aufwand) eingesetzt. Ein Ausschuss der Sicherheitskommission hat umfangreiche Abklärungen getroffen und einen ersten Entwurf eines Gebührentarifs erarbeitet. Dabei kam man zur Erkenntnis, dass die Ansätze anderer Gemeinden sehr unterschiedlich und kaum vergleichbar sind, da alle Gemeinden einen anderen Aufbau der Gebühren gewählt haben. Es gibt praktisch keine Gemeinden mehr ohne Bestattungsgebühren. Auch in Steffisburg ist ein diesbezüglicher politischer Vorstoss hängig. Es handelt sich um einen moderaten Tarif, welcher zwischen Einheimischen

und Auswärtigen unterscheidet. Der Gemeinderat empfiehlt, das Reglement mit dem Anhang I (Gebührentarif) zu genehmigen.

Stellungnahme der GPK

Paul Müller: Die GPK hat die Unterlagen geprüft. Der Ablauf der Reglementsänderung mit den neuen Gebühren ist ordnungsgemäss erfolgt. Bestattungsgebühren werden bereits in vielen Gemeinden angewandt. Dass damit keine Kostendeckung möglich ist, liegt auf der Hand. Ein gut gepflegter Friedhof hat aber auch seinen Preis. An der Schönheit und Gepflegtheit von Friedhöfen sollte nicht gerüttelt werden. Es handelt sich um Stätten der Ruhe und der Besinnung. Die GPK empfiehlt, dem neuen Reglement zuzustimmen.

Eintreten

Das Eintreten ist unbestritten

Allgemeines

Fraktionssprecher

Daniel Lanz (FDP): Die FDP-Fraktion dankt dem Gemeinderat für den vorliegenden Vorschlag. Man ist erfreut, dass mit der Motion geholfen werden konnte, ein Legislaturziel rechtzeitig zu erreichen. Dem Friedhof- und Bestattungsreglement kann zugestimmt werden.

Ursula Zybach (SP): Die SP-Fraktion hat sich dem Geschäft intensiv gewidmet und sich mit der Geschichte aus dem Jahre 1992/1993 auseinandergesetzt. Volksentscheide sollten nicht auf die leichte Schulter genommen und nicht ohne Not über den Haufen geworfen werden. Wenn man den damaligen Referendumstext mit den heutigen Zahlen betrachtet, stellt sich die Frage, ob die ganze Vorlage überhaupt Sinn macht. Erdbestattungen sollen Fr. 800.-- und für Kinder Fr. 400.-- kosten und mit diesen Massnahmen rund Fr. 50'000.-- gespart werden, dies bei Steuereinnahmen von rund Fr. 26 Mio. Die SP-Fraktion ist deshalb der Ansicht, das Reglement nicht anzunehmen.

Allgemeine Diskussion

Keine Wortmeldungen.

Seitenweise Beratung

Keine Wortmeldungen.

Beschluss (mit 28 : 7 Stimmen)

Der Grosse Gemeinderat von Spiez

- auf Antrag des Gemeinderates
- gestützt auf Art. 31 c) und 39 c) der Gemeindeordnung

b e s c h l i e s s t :

1. Das totalrevidierte Friedhof- und Bestattungsreglement inkl. Anhang I (Gebührentarif) wird genehmigt.
2. Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum gemäss Artikel 39 c) der Gemeindeordnung.
3. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

142 4.800 Abwasseranlagen

Ausbau Sauberwasserkanalisation Allmendweg, Faulensee / Verpflichtungskredit von Fr. 300'000.--

Ausführungen des Gemeinderates

Franz Arnold: Es handelt sich um ein absolut notwendiges Projekt. Tatsache ist, dass es im Bereich des Allmendweges sehr alte Leitungen gibt, welche die Wassermassen bei grösseren Regengüssen und Gewittern nicht mehr auffangen können. Die Leitungen sind zu klein bemessen und das Wasser läuft durch den Allmendweg in die Keller und Wohnzimmer. Die Gemeinde muss deshalb handeln.

Stellungnahme der GPK

Astrid Thöni: Die GPK hat keine Ergänzungen anzubringen und empfiehlt dem Geschäft zuzustimmen.

Eintreten

Das Eintreten ist unbestritten

Fraktionssprecher

Eliane Baumann (SP): Die SP-Fraktion kann dem vorliegenden Projekt zustimmen. Es wäre zukünftig wünschenswert, Anreize zu schaffen, Regenwasser aus ökologischen Gründen vermehrt zu nutzen. Eine Regenwassernutzungsanlage kann sich nachhaltig lohnen.

Allgemeine Diskussion

Keine Wortmeldungen.

Beschluss (einstimmig)

Der Grosse Gemeinderat von Spiez

- auf Antrag des Gemeinderates
- gestützt auf Art. 40.1 a) der Gemeindeordnung

b e s c h l i e s s t :

1. Dem Projekt Ausbau Sauberwasserkanalisation Allmendweg, Faulensee wird zugestimmt.
2. Hierfür wird ein Verpflichtungskredit von Fr. 300'000.-- zulasten der Investitionsrechnung (Spezialfinanzierung Abwasserbeseitigung) bewilligt.
3. Die Abrechnung über diesen Kredit ist nach Beendigung der Arbeiten über die Geschäftsprüfungskommission dem Grossen Gemeinderat zur Genehmigung vorzulegen.
4. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

143 1.732 **Verwaltungsangestellte** **AHV-Zweigstelle Region Spiez / Stellenschaffung**

Ausführungen des Gemeinderates

Franz Arnold: Namens des Gemeinderates kann ausgeführt werden, dass die Botschaft des GGR, wie die Aufgaben erfüllt werden sollen, nicht ungehört verhallt ist. Stellenaufstockungen werden nur in äussersten Notfällen angegangen. Die Zahlen sind erdrückend. Die demografische Entwicklung ist ein wesentlicher Grund, warum die alltäglichen Geschäfte kaum mehr bewältigt werden können. Die AHV-Zweigstelle ist im Gemeindezentrum Lötschberg untergebracht, ist zentral gelegen und rollstuhlgängig. Sie erfüllt die Aufgaben der ersten Säule auch für die Gemeinden Reutigen und Wimmis. Die Zusammenarbeit hat sich bewährt und der Vertrag läuft noch bis ins Jahr 2010. Es ist offen, in welcher Organisationsform der-einst weitergefahren wird. Die Klientel, welche Leistungen der ersten Säule in Anspruch nimmt, ist nicht einfacher geworden. Es herrscht ein grosser Arbeitsdruck. Es ist ein Erfordernis, dass die Kunden rechtlich korrekt und menschlich angenehm behandelt werden. Der Kanton macht genaue Angaben bezüglich der Leistungsausrichtungen der AHV-Zweigstellen.

Stellungnahme der GPK

Jolanda Brunner: Die zusätzlichen 50 Stellenprozente sind nicht nur auf die gestiegenen Fallzahlen zurückzuführen. Man hat eine Arbeitsplatzbewertung durchgeführt. Ausserdem trägt die demografische Entwicklung ebenso dazu bei. Die Materie wird immer komplexer und die Leute sind immer mehr überfordert. Der Zeitaufwand für die Beratungen ist markant gestiegen. Wenn man an die AHV-Zweigstelle denkt, nimmt man an, dass dort nur buchhalterische Arbeiten erledigt werden. Bei näherer Betrachtung kann festgestellt werden, dass es sich um sehr vielseitige Arbeiten handelt. Mit 30 - 40 Kundenkontakten pro Tag handelt es sich mitnichten nur um administrative Tätigkeiten. Es braucht sehr viel Sozialkompetenz im Umgang mit den verschiedenen Kunden. Auch die Auseinandersetzungen mit den immer wieder neuen juristischen Vorgaben auch im Zusammenhang mit dem EU-Recht benötigen ein gewisses „Know-how.“ Tatbestände, welche Einflüsse auf die Versicherungsleistungen haben, müssen weitergeleitet werden. Die AHV-Zweigstelle ist verantwortlich für die Leistungsauszahlungen und muss auf der anderen Seite schauen, dass das Geld wieder zurückfliesst. Damit die Aufgaben wieder vollumfänglich wahrgenommen werden können, empfiehlt die GPK, der Schaffung einer 50 %-Stelle zuzustimmen. Die Gemeinden Reutigen und Wimmis wurden vorgängig über die Erhöhung orientiert.

Eintreten

Das Eintreten ist unbestritten

Fraktionssprecher

Jürg Staudenmann (SVP): Die SVP-Fraktion kann der Stellenschaffung zustimmen. Bei den Aufgaben, welche die Gemeinde Spiez für andere Gemeinden erbringt, muss sichergestellt werden, dass auch allgemeine Arbeitsleistungen verrechnet werden können (Aufwand Stellenschaffung, Kosten Stellenbewertung, Ausbildung Personal etc.). Dies sollte in die Vergütung eingebaut werden. Die SVP-Fraktion wünscht, dass in Zukunft die zu erfüllenden Aufgaben der neuen Stelle kurz umrissen würden. Die wichtigsten Fachausdrücke sollten kurz umschrieben werden.

Verena Trachsel (SP): Die Dienstleistungen der AHV-Zweigstelle sind für alle wichtig. Es handelt sich nicht um einen verlängerten Arm der Sozialen Dienste. Es muss darauf hingewiesen werden, dass mit der Annahme der 5. IV-Revision eine Verlagerung stattfinden wird. Es wird eine Mehrzahl von EL-Bezüglern geben. Es erstaunt, dass die Spital Thun-Simmental AG mit der AHV-Zweigstelle Spiez abrechnet. Der Sitz der AG ist jedoch in Spiez. Die SP-Fraktion kann der Stellenschaffung zustimmen.

Allgemeine Diskussion

Keine Wortmeldungen.

Beschluss (einstimmig)

Der Grosse Gemeinderat von Spiez

- auf Antrag des Gemeinderates
- gestützt auf Art. 40 Abs. 1 k) der Gemeindeordnung

b e s c h l i e s s t :

1. Für die AHV-Zweigstelle Region Spiez wird eine zusätzliche Verwaltungsstelle mit 50 Stellenprozenten geschaffen.
2. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

144 7.1125 Fahrradschilder

Allgemeine Aufgabenüberprüfung

- Verzicht auf Gratisabgabe von Velovignetten an Schulkinder
- Kürzung des jährlichen Beitrages an verkehrssichernde Massnahmen

Ausführungen des Gemeinderates

Christian Zaugg: Im GGR wurde bereits ausgiebig und mehrmals diskutiert, was nötig ist und welche Aufgaben freiwillig von der Gemeinde erfüllt werden. Der Gemeinderat hat im Rahmen der allgemeinen Aufgabenüberprüfung Massnahmen ergriffen. Bei den Velovignetten, welche früher allen Einwohnerinnen und Einwohnern gratis abgegeben wurden, handelt es sich klar um eine freiwillige Leistung der Gemeinde. Wenn man in Betracht zieht, dass eine Velovignette zwischen Fr. 4.-- bis Fr. 6.-- kostet, darf man mit ruhigem Gewissen sagen, dass dieser Betrag für die direkt Betroffenen nicht sehr stark ins Gewicht fällt. In der Gesamtsumme trägt diese Massnahme dazu bei, den Aufwand zu reduzieren. Der Preis ist vernachlässigbar, wenn man sieht, welche teuren Fahrräder von den Schulkindern gefahren

werden. Der Betrag der Velovignette ist im Vergleich dazu verschwindend klein. Den Effekt, den man ursprünglich erzeugen wollte, die Leute zu mehr Fahrradfahren zu animieren, lässt sich mit dieser Massnahme kaum erreichen. Aus der Vorlage geht hervor, dass der Kredit für die verkehrssichernden Massnahmen in den letzten Jahren immer voll ausgeschöpft wurde. Mit dem reduzierten Beitrag ist es trotzdem noch möglich, Massnahmen für die Verkehrssicherheit zu realisieren. Die Einführung der Tempo 30-Zonen wird in diesem Jahr abgeschlossen. Diese Kosten fallen künftig weg. Der Gemeinderat ist deshalb überzeugt, dass mit dem reduzierten Betrag die nötigen Massnahmen im Bereich der Schulwegsicherungen und andere verkehrssichernde Massnahmen getroffen werden können. Bei grösseren Projekten muss ein Investitionskredit zur Genehmigung vorgelegt werden.

Stellungnahme der GPK

Theres Indermühle: Sparen und bestehende Leistungen abzubauen ist nicht attraktiv. Die Begründungen warum die Vignetten nicht mehr gratis abgegeben und die verkehrssichernden Massnahmen gekürzt werden sollen, sind einleuchtend und für niemanden allzu schmerzhaft. Die GPK empfiehlt, dem Geschäft zuzustimmen.

Eintreten

Das Eintreten ist unbestritten

Fraktionssprecher

Evi Hürlimann (FS): Es ist Wunsch, gratis eine Velovignette zu erhalten. Doch ist es Notwendigkeit? Könnte dieser Betrag nicht von jedem Schulkind oder deren Eltern selber übernommen werden? Die Gemeinde hingegen muss Aufwendungen von Fr. 8'000.-- in Kauf nehmen. Eine Summe, welche eingespart werden kann. Die FS-Fraktion ist der Ansicht, dass die Gratisabgabe gestrichen werden kann. Die Kürzung der verkehrssichernden Massnahmen um jährlich Fr. 10'000.-- ist sinnvoll, da künftige Projekte zu Lasten der Investitionsrechnung finanziert werden können. Die FS-Fraktion kann auch dieser Massnahme zustimmen.

Joachim Nelles (SP): Die SP-Fraktion empfiehlt, den ersten Teil des Geschäftes nicht anzunehmen. Es ist richtig anzunehmen, dass Schulkinder das nötige Geld zur Verfügung haben, um die Velovignette zu bezahlen. Der Betrag ist relativ bescheiden. Die SP-Fraktion ist der Ansicht, dass im Sinne eines politischen Zeichens die Gratisabgabe beibehalten werden sollte. Die SP-Fraktion unterstützt in ihrer Grundhaltung den nicht motorisierten Verkehr und es wird begrüsst, wenn die Kinder nicht von den Eltern mit dem Auto in die Schule gebracht werden. Deshalb wird die Streichung der Gratisabgabe der Velovignette abgelehnt. Es muss auch damit gerechnet werden, dass es bei einer Annahme dieser Vorlage eine erneute Volksabstimmung geben könnte. Es wurde bereits ausgeführt, dass bei den verkehrssichernden Massnahmen Einsparungen vorgenommen werden können. Grössere Geschäfte können mittels Investitionskredit finanziert werden.

Urs Maibach (SVP): Sparen tut immer weh. Jemandem etwas wegnehmen ist unangenehm. Es geht hier um einen Betrag von Fr. 8'000.-- bei den Velovignetten. Die SVP-Fraktion ist sich bewusst, dass es sich um einen sehr kleinen Tropfen auf einen sehr heissen Stein handelt. Bei einem 100 km-Marsch erscheint am Start das Ziel unheimlich weit weg. Aber nur wenn man den ersten Schritt über die Startlinie macht, kann das Ziel erreicht werden. Die Argumente des Gemeinderates sind nachvollziehbar. Bei der Betrachtung der Fahrräder der Schulkinder erscheint es zumutbar, dass diese die Kosten für die Velovignette bezahlen

können. Auch die Fr. 10'000.-- bei der Schulwegsicherung können eingespart werden, ohne dass die Schulwege nachhaltig nicht sicher gestaltet werden können. Bei der Betrachtung der Prioritätenliste des Konzepts Schulwegsicherung sind im Jahre 2007 noch sieben Projekte aufgeführt, welche zur Ausführung gelangen. Ausserdem gibt es noch vier mittel- und langfristige Projekte. Auch mit den Fr. 50'000.-- können die Schulwege sicherer gestaltet werden. Aus diesen Gründen empfiehlt die SVP-Fraktion dem Geschäft zuzustimmen.

Urs Gurtner (FDP): Die FDP-Fraktion nimmt von der allgemeinen Aufgabenüberprüfung und den damit verbundenen Sparbemühungen des Gemeinderates zustimmend Kenntnis. Grundsätzlich unterstützt die FDP-Fraktion alle Sparanstrengungen, auch wenn diese gemessen an der finanziellen Situation und der Probleme der Gemeinde noch so klein sein mögen. Man hat den Eindruck, dass zur Zeit versucht wird, den Bürgern die Botschaft zu senden, wie dies Kurt Frei in der Presse ausgedrückt hat „Sparen ist äusserst hart“. Auch das Votum der SP-Fraktion lässt vermuten, dass langsam das Terrain vorbereitet wird für eine Steuererhöhung in der nächsten Legislatur. In der laufenden Rechnung ist der Personalaufwand von 2005 auf 2006 um Fr. 126'000.-- gestiegen. Der Sachaufwand um Fr. 938'000.--. Sämtliche Motionen der FDP und der SVP werden kategorisch abgelehnt. Einsparungen in der laufenden Rechnung würden viel bringen. Die Blumen in der Bucht sind nicht mehr da, die Velovignetten sollen abgeschafft werden. Gemäss Aussage von Kurt Frei in der Presse soll jedoch beim Personalaufwand kein rigoroser Sparkurs gefahren werden. Die FDP-Fraktion kann dem vorliegenden Geschäft zustimmen.

Allgemeine Diskussion

Ulrich Nyffenegger: Wenn man über zwei Sparmassnahmen mit unterschiedlichem Inhalt diskutiert, sollte getrennt abgestimmt werden. Er stellt deshalb gemäss Art. 39 der Geschäftsordnung des GGR den Ordnungsantrag, dass getrennt abgestimmt wird. Bei der Gratisabgabe der Velovignette handelt es sich um ein politisches Zeichen an die Bürger.

Der Vorsitzende bestätigt, dass über die beiden Vorlagen getrennt abgestimmt wird.

Auf die Frage von **Nadja Keiser** erklärt **der Vorsitzende**, dass das fakultative Referendum nur für die Streichung der Gratisabgabe der Velovignette gilt.

Nadja Keiser: Die Junge Liste hat damals die Initiative für die Gratisabgabe der Velovignetten gestartet. Bei einer Abschaffung erwägt die Junge Liste, das fakultative Referendum zu ergreifen.

Bernhard Hauck: Er gibt zu bedenken, dass bei der Einführung der Gratisabgabe der Velovignetten wohl nicht die gute Finanzlage der Gemeinde die Grundlage war oder dass die Leute die Velovignetten nicht zu zahlen vermögen. Die Argumente werden nun anders gewichtet. Es steht einer Gemeinde schlecht an, wenn sie ökologisch und Energiestadt sein will, ein solches Zeichen setzt. Die Verdrossenheit der Bürger wird mit einer solchen „Pflästerlipolitik“ gefördert.

Barbara Gradwell: Der Gemeinderat listet bei der Motion Urs Gurtner die Sparanstrengungen auf. Dabei ist aufgefallen, dass die Sparanstrengungen vor allem Familien mit schulpflichtigen Kindern trifft. Zusätzlich kommt noch die Streichung der Gratisabgabe der Velovignetten dazu. Dies macht betroffen. Die Velovignetten sollten nicht durch die Bürger bezahlt werden.

Gerhard Schafroth: Als die Mountain-Bikes aufkamen war der Veloständer beim Schulzentrum Längenstein sofort voll belegt mit diesen. Die Mofas waren auf einmal fast verschwunden. Diese Bikes sind nicht ganz billig. Nun wird hier über rund Fr. 5.-- diskutiert, welche Schulkinder pro Jahr für eine Velovignette erhalten. Es wäre schön ein Zeichen in diese Richtung zu setzen. Es fragt sich jedoch, ob es sich um ein richtiges Zeichen handelt. Es könnten bessere Initiativen gestartet werden mit sinnvolleren Inhalten, wie das Fahrradfahren gefördert werden könnte.

Abstimmung

- Die Streichung der Gratisabgabe von Velovignetten an Schulkinder wird mit **23 : 11 Stimmen angenommen.**
- Die Kürzung des jährlichen Beitrages an verkehrssichernde Massnahmen wird **ein-stimmig angenommen.**

Beschluss

Der Grosse Gemeinderat von Spiez

- auf Antrag des Gemeinderates
- gestützt auf Art. 31 und 39 der Gemeindeordnung

b e s c h l i e s s t :

1. Auf die Gratisabgabe von Velovignetten an Schulkinder wird ab 2008 verzichtet.
2. Der jährliche Beitrag an verkehrssichernde Massnahmen wird ab 2008 von Fr. 60'000.-- auf Fr. 50'000.-- gekürzt.
3. Der Beschluss betreffend Verzicht auf die Gratisabgabe von Velovignetten an Schulkinder unterliegt dem fakultativen Referendum gemäss Artikel 39 der Gemeindeordnung.
4. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Pause mit Imbiss von 18.45 - 19.15 Uhr

145 1.401 Gemeindepräsident Informationen des Gemeindepräsidenten

Uferschutzpläne

Franz Arnold: Die Uferschutzpläne Einigen und Faulensee wurden anlässlich der gestrigen Volksabstimmung deutlich angenommen. Der Gemeinderat wird auf diesem Weg weitergehen. Die Eigentümer des Tellergrundes haben im Vorfeld der Abstimmung eine Beschwerde gegen die Abstimmungsbotschaft beim Regierungsrat eingereicht. Die Beschwerdeführer machten unvollständige, irreführende Informationen geltend. Die Beschwerde wurde noch vor der Abstimmung vom Regierungsrat abgelehnt. Der Abstimmungsbotschaft wurden gute Noten erteilt.

Ländte Einigen

Am 24. Mai 2007 fand eine Besprechung zwischen Vertretern des Ortsvereins Einigen-Gwatt, der BLS und der Gemeinde statt. Es ist vorgesehen, den vordersten Teil der Ländte zu bepflanzen und abzusperrern, damit dieser nicht betreten werden kann. Es wird auch eine entsprechende Signalisation angebracht.

Eröffnung NEAT-Tunnel Lötschberg

Am letzten Freitag/Samstag wurde der NEAT-Tunnel Lötschberg mit einer würdigen Feier eröffnet. Für Spiez bieten sich zweifelsohne zusätzliche Chancen mit Blick auf die Eröffnung des Personenverkehrs ab 9. Dezember 2007. Es muss gelingen, die Leute von Durchreisenden zu Aussteigenden in Spiez zu machen. Sowohl Thunersee Tourismus wie auch das Ortsmarketing sind daran, Massnahmen mit dieser Zielsetzung zu planen und durchzuführen.

Play Football Switzerland

Am 22. August 2007 findet in der Bucht der Anlass Play Football Switzerland statt. Es handelt sich um einen Vorbereitungsanlass im Hinblick auf die Euro08. Am Morgen gibt es ein Schülerturnier und am Abend wird das Spiel Schweiz - Holland auf Grossleinwand übertragen. Spiez soll mit diesem Anlass in ein Vor-Euro-Fieber gestürzt werden.

Hotel Schoneggpark

Der Zeitungsbericht im Berner Oberländer vom 12. Mai 2007 liess den Eindruck entstehen, der Gemeinderat wolle mit unnötigen Hindernissen (externe fachliche Schätzung des Bodenwertes) das Projekt und die damit verbundenen Investitionen in Spiez verzögern. Dies trifft nicht zu und war auch nie die Absicht des Gemeinderates. Der Gemeinderat steht einem Hotelbau im Schoneggpark grundsätzlich positiv gegenüber. Der Gemeinderat wird das Geschäft anlässlich der nächsten Sitzung behandeln und dem GGR womöglich bereits auf die Septembersitzung eine Entscheidungsgrundlage vorlegen (je nach der Entwicklung des Geschäftes).

Personelle Situation Bauverwaltung

Durch den krankheitsbedingten Ausfall von Bauverwalter Martin Mühlematter hat der Gemeinderat anlässlich seiner letzten Sitzung beschlossen, für spezifische, komplexere Projekte externe Dienstleistungen einzukaufen. Zusätzlich wurde eine 40 %-Stelle befristet bis Ende 2007 bewilligt, welche im Bereich Tiefbau eingesetzt werden soll. Im Weiteren wurde ein bisher befristetes Arbeitsverhältnis von 90 % bis Ende 2007 verlängert. Der Gesundheitszustand von Martin Mühlematter ist weiterhin unverändert schlecht. Gespräche mit der Ehefrau laufen, wie das weitere Vorgehen aussehen soll. Die Intimsphäre der Familie betreffend Besuche sollte respektiert werden.

Abteilungsleitung Soziale Dienste

Es sind mehrere valable Bewerbungen eingereicht worden. Der Gemeinderat wird an seiner nächsten Sitzung eine Person anstellen.

Jugendraum Bunker

Am 8. Juni 2007 wurden die neugestalteten Räume des Bunkers vorgestellt. Die KJAS und die kirchliche Jugendarbeit haben die Umbauarbeiten geleitet und einige Jugendliche in die Gestaltung der Räume miteinbezogen. Die Räume machen einen sehr guten Eindruck. Die KJAS hat klare Bedingungen für die Miete der Räumlichkeiten aufgestellt. Vielleicht kann

sich das Ratsbüro überlegen, im Anschluss an die Schlussitzung des GGR eine Oldies-Disco im Bunker durchzuführen. Selbstverständlich ist der Bunker alkohol- und rauchfrei.

Prachatice

Vom 30. Juni bis 1. Juli 2007 findet in Prachatice das Salzfest statt. Eine kleinere Gruppe der Gemeinde Spiez wird diesen Anlass besuchen. Es wäre erwünscht, wenn in kommenden Jahren GGR-Mitglieder die Gemeinde Spiez an diesem Fest vertreten würden. Ausserdem hätte es für die diesjährige Reise noch Platz im Bus.

Eröffnung Freegame-Anlage

Am 23. Juni 2007 findet in der Bucht die Eröffnung der Freegame-Anlage statt. Die Anlage stellt eine Aufwertung der Bucht dar. Es findet ein Prominenten-Spiel statt.

146 1.304 Einfache Anfragen

Neue Einfache Anfragen

EA J. Staudenmann (SVP) betreffend Bekämpfung des Missbrauchs bei den Sozialen Diensten

Jürg Staudenmann: Den Zeitungen, als Beispiel sei die NZZ vom 30. Mai 2007 erwähnt, ist zu entnehmen, dass Gemeinden für die Bekämpfung des Missbrauchs in der Sozialhilfe externe Dienstleister beziehen, ich verweise auf diesen Bericht.

Der Gemeinderat wird eingeladen, Auskunft zu geben, wie in der Gemeinde Spiez sicher gestellt wird, dass nur Berechtigte Sozialhilfe beziehen; es interessiert, ob bis heute Überprüfungen vorgenommen wurden (und wenn ja, durch wen und wie werden die Kontrollen durchgeführt bzw. was für Resultate haben diese Kontrollen ergeben) und im Weiteren, ob solche Prüfungen regelmässig stattfinden (wenn ja, wie oft im Jahr) sowie ob dazu externe Stellen beigezogen werden.

Antwort des Gemeinderates

Ursula Erni: Im Sozialhilfegesetz SHG unter Artikel 19 sind die Aufgaben der Sozialdienste aufgeführt. Unter Punkt b) ist definiert, dass eine dieser Aufgaben „die Abklärung der persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse“ ist.

Ebenfalls wird im Artikel 9 des SHG erwähnt, dass die Sozialhilfe den Grundsatz der Subsidiarität berücksichtigt, was bedeutet, dass Sozialhilfe nur gewährt wird, wenn keine andere Hilfe von dritter Seite möglich oder nicht rechtzeitig erhältlich ist.

Im Artikel 28 des SHG ist folgendes geregelt: „Personen, die Sozialhilfe beanspruchen, haben dem Sozialdienst die erforderlichen Auskünfte über ihre persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse zu geben und Änderungen der Verhältnisse unaufgefordert unverzüglich mitzuteilen.“

Umsetzung in die Praxis

Wer auf Grund seines Wohnsitzes berechtigt ist, sich bei den Sozialen Diensten Spiez zum eventuellen Bezug von Sozialhilfeleistungen, sei dies im Sinn von Bevorschussung von ALV, IV-Leistungen etc. oder Sozialhilfeunterstützung anzumelden, durchläuft folgendes Prozedere:

- Ausfüllen des Gesuchs um Sozialhilfe, in welchem Daten zu folgenden Themen erhoben werden: Personalien GesuchstellerIn, Personalien PartnerIn, Kinder, andere im Haushalt lebende Personen, Eltern der GesuchstellerIn, wichtige Personen/Hausarzt/BetreuerIn, Arbeit und Erwerbssituation, Unterhaltsbeiträge, Krankenkasse, Versicherungen, Wohnverhältnisse, Einkommen, Vermögen und Schulden. Ebenfalls in diesem Gesuch werden die GesuchstellerInnen darauf hingewiesen, dass Änderungen in den angegebenen Einkommens-, Vermögens- und Familienverhältnissen unverzüglich und unaufgefordert den Sozialen Diensten mitgeteilt werden müssen.
- Die gemachten Angaben werden von den zuständigen Sozialarbeitenden soweit als irgend möglich mit eingeforderten Belegen (Kontoauszüge, Lohnausweise, Auszüge aus dem Betreibungsregister, Steuerauszüge, Verfügungen, Konventionen, Verträge, Policen etc.) auf ihre Richtigkeit überprüft.
- Es wird geprüft ob allenfalls eine Unterstützung durch Verwandte in Frage kommt.

Auf Grund des bestehenden Datenschutzes ist der Zugang zu gewissen Unterlagen oft kompliziert und zeitraubend. Generell geht man davon aus, dass SozialhilfebezügerInnen richtige Angaben machen und ein bewusster Betrug selten vorkommt. Diese Grundhaltung ist eine der wichtigsten Bedingungen um mit der Klientel konstruktiv an Zielen arbeiten zu können. SozialhilfebezügerInnen sind Menschen, die sich in einer schwierigen persönlichen und/oder finanziellen Lage befinden und sie haben das Recht, dass ihnen nicht zum vornherein mit Misstrauen begegnet wird. Falschangaben können auch auf Grund von Missverständnissen und Unkenntnis unseres Systems vorkommen. Im klärenden Gespräch kann korrigiert und angepasst werden. Die Erfahrung zeigt, dass bewusst gemachte Falschangaben in der intensiven Klientenarbeit meist zu Tage kommen und auch entsprechend sanktioniert werden können. Falls Fälle von Missbrauch aufgedeckt werden können, würde die Sozialkommission auch Strafanzeige erstatten (wurde schon gemacht!).

Kontrollsysteme

Kontrollsysteme Soziale Dienste intern:

- Budgets werden regelmässig, mindestens zweimal pro Jahr und zum Teil monatlich überprüft und angepasst. Budgetrelevante Unterlagen/Belege müssen erbracht werden
- Es findet eine jährliche Dossierüberprüfung statt, in der die vorhandenen Daten auf ihre Richtigkeit geprüft und wo jeweils aktuelle Steuerdaten eingeholt werden
- Die Sozialkommission überprüft vier mal jährlich Dossiers aus allen Bereichen (Sozialhilfe, ZuDe, Alimente, Vormundschaften, Pflegekinderwesen)
- Entsteht beim zuständigen Sozialarbeitenden ein Missbrauchsverdacht, wird die Klientel daraufhin angesprochen. Soweit irgend möglich werden die Angaben überprüft.

Kontrollsystem extern:

- Hinweisen aus der Bevölkerung (Nachbarn, Vermieter, getrennt lebende Partner, Arbeitgeber etc.) wird nachgegangen, zum Beispiel, wenn ein Vermieter informiert, dass plötzlich jemand zusätzlich in der gemieteten Wohnung lebt oder wenn beobachtet wird, dass jemand regelmässig am Morgen ausser Haus geht und erst am Abend zurückkommt, was allenfalls auf eine Erwerbstätigkeit hinweisen könnte.
- Zusammenarbeit mit der Steuerverwaltung
- Informationen der Einwohnerkontrolle

Prävention

- Gemäss Darstellung SKOS kommt Sozialhilfemissbrauch am ehesten in Form von Schwarzarbeit (hier wären auch die Arbeitgeber aufgefordert sich an die Regeln zu halten) oder im Verschweigen der tatsächlichen Wohnverhältnisse (Wohngemeinschaften) vor. Diese Aussage kann auch in Spiez bestätigt werden. Experten schätzen die Missbrauchsquote auf maximal vier Prozent. Damit liegt sie deutlich tiefer als

in der Versicherungsbranche und aller Wahrscheinlichkeit nach auch tiefer als bei der Deklaration von Steuern.

- Bis anhin wurden in Spiez in Bezug auf allfälligen Missbrauch keine externen Stellen (Detektive) eingesetzt. Es sind in Spiez keine Fälle bekannt, die auf einen Missbrauch in grösserem Rahmen schliessen liessen. Dabei stellt sich die Frage, ob ein Beizug externer Personen finanziell Mehrausgaben oder Mehreinnahmen generieren würde. Bei der Missbrauchsquote von vier Prozent wären dies sicherlich Mehrausgaben die anfallen würden.
- Die meisten Fälle von Missbrauch werden durch die Sozialarbeitenden in der direkten Klientenarbeit aufgedeckt. Dies bedingt jedoch, dass das Zeitbudget der Sozialarbeitenden es erlaubt, die Klientel regelmässig zu kontaktieren und allfällige Fehler sofort zu korrigieren oder zu sanktionieren.
- Bei fehlender Kooperation, kann die Sozialhilfe für maximal 12 Monate um 15 Prozent gekürzt werden. Die Kürzung kann verlängert werden, sofern die Voraussetzungen gegeben sind.
- Eine vollständige Einstellung der Unterstützungsleistung ist nur dann zulässig, wenn eine unterstützte Person in Kenntnis der Konsequenzen ihres Handelns eine zumutbare und konkret angebotene Arbeit ausdrücklich und wiederholt verweigert oder in schwerwiegenden Fällen auch bei Verweigerung einer Integrationsmassnahme.

Jürg Staudenmann zeigt sich von der Antwort des Gemeinderates nicht befriedigt.

EA U. Maibach (SVP) betr. Versicherungen der Gemeinde

Urs Maibach: Die Lösung betreffend Versicherungen den Gemeinden ist überall im Gespräch (Interlaken). Die Gemeinde Spiez hat vor einem Jahr den gleichen Weg eingeschlagen.

Ich möchte dem Gemeinderat dazu folgende Fragen stellen um Klarheit zu schaffen.

1. Hatten die Spiezer Agenturen damals die Möglichkeit ein Angebot einzureichen? Muss die Gemeinde so ein Geschäft, analog zur Baubranche, öffentlich ausschreiben? Wenn ja, ist das so geschehen?
2. Wie viel Geld und Zeit spart die Gemeinde durch die neue Lösung?
3. Welche anderen Vorteile hat der getroffene Entscheid? Welche Nachteile?
4. Wird dieses Versicherungspaket in einem späteren Zeitpunkt wieder ausgeschrieben?
 - a) Wenn ja, wann?
 - b) Ist es möglich, dass die Leistung wieder von Spiezer Agenturen erbracht werden kann, ein entsprechendes Angebot vorausgesetzt?

Antwort des Gemeinderates

Kurt Frei: Nachdem im Jahre 1998 letztmals das gesamte Versicherungsportefeuille überprüft worden ist, hat der Gemeinderat an seiner Sitzung vom 25. August 2005 beschlossen, dass sämtliche Versicherungsverträge erneut einer Gesamtanalyse unterzogen werden. Gleichzeitig hat der GR beschlossen, die Versicherungsaufgaben neu als Auftrag an eine Brokergesellschaft zu vergeben. Für die Evaluation der Brokergesellschaft ist ein Ausschuss eingesetzt worden, welcher das Submissionsverfahren durchgeführt hat. Folgende fünf Firmen sind zu einer Offertstellung eingeladen worden:

Trees AG
City Versicherungs-Kundendienst AG
Schenker & Schenker Broker GmbH
Kessler & Co. AG
Born Consulting AG

Aufgrund des Antrages dieses Ausschusses hat der GR mit Beschluss vom 21. November 2005 der Firma Kessler und Co. (schweizweit der führende Versicherungsbroker) verschiedene Versicherungsaufgaben übergeben. Der Broker bietet der Gemeinde Spiez als Versicherungsexperte eine neutrale und unabhängige Beratung, er übernimmt die Arbeiten im Schadenabwicklungsfall und vertritt die Gemeinde gegenüber den Versicherungen. Die Entscheidungsgewalt bleibt aber nach wie vor bei der Gemeinde. Diese schliesst auch direkt die Verträge mit den einzelnen Versicherungen ab. Zu erwähnen gilt in diesem Zusammenhang, dass die Einwohnergemeinde Spiez bis heute keinen einzigen bestehenden Versicherungsvertrag gekündigt hat, da der Broker nicht als Versicherer wirkt. Was die Gemeinde neu extern einkauft ist lediglich die Beratung, die Verwaltung und Bewirtschaftung durch einen professionellen unabhängigen Versicherungsberater.

Konkret zu den Fragen:

1. Wie eingangs erwähnt, ist keine einzige Versicherungspolice gekündigt worden. Bei der Auftragsvergabe des Brokermandates hat die Gemeinde Spiez einzig die administrative Verwaltung und Bewirtschaftung ausgelagert sowie eine neutrale Beratung eingekauft. Es liegt in der Natur der Sache, dass für diese Tätigkeiten die ortsansässigen Agenturen nicht zu einem Angebot eingeladen worden sind, da diese weder über die nötige Neutralität noch die übergreifenden Produktkenntnisse verfügen.
Für die Evaluation des Brokermandats ist gemäss den gesetzlichen Vorgaben und wie in der Baubranche auch üblich, eine Submission durchgeführt worden.
2. Mit der Auslagerung der administrativen Verwaltung und Bewirtschaftung an den Broker kann erheblich Zeit eingespart werden. Die eingesparte Zeit richtet sich je nach Schadenhäufigkeit oder Komplexität des Schadenfalls (Werkhofbrand ist zeitintensiver als eine Bagatellmeldung für einen abgebrochenen Autorückspiegel). Verwaltungsintern dürfte die eingesparte Zeit im Jahr 2006 ca. 80 Stunden betragen haben. Wie bereits mehrmals erwähnt, sind bis heute keine Policen gekündigt worden. Aus diesem Grund lässt sich heute frankenmässig noch keine genau Aussage über die Einsparungen machen. Gemäss den Erfahrungen aus der Gesamtüberprüfung im Jahr 1999 – damals resultierten Einsparungen von mehreren zehntausend Franken bei gleicher Leistung - dürfte sich der potente Auftritt des Versicherungsbrokers sowie die erhöhte Konkurrenz unter den Versicherern positiv auf die künftigen Abschlüsse auswirken. Finanziell hat die Brokerlösung für die Gemeinde im Moment den Vorteil, dass keine Beratungskosten mehr entstehen, da der Broker direkt durch Courtagen der Versicherungen finanziert wird. Was in diesem Zusammenhang eingespart wird, ist das frühere Beratungshonorar an die Firma Trees, welches je nach Aufwand zwischen CHF 2'000 bis 4'000 pro Jahr betragen hat.
3. Nebst den Einsparungen an Zeit und Geld bringt die neue Lösung noch zusätzliche Vorteile: im deregulierten Versicherungsmarkt hat die Gemeinde Spiez mit der Firma Kessler und Co. Zugang zu einem neutralen Partner mit über 200 spezialisierten Juristen, Ökonomen und Ingenieuren. Themen wie wertorientiertes Risikomanagement, Mithilfe bei der Planung und Abwicklung von Submissionen, Erstellen von speziellen Kosten-/Nutzenrechnungen oder auch ganz einfach die Überwachung der Rückvergütung der Überschussanteile durch die Versicherer an die Gemeinde Spiez sind nur ein paar Beispiele für den Zusatznutzen des eingeschlagenen Weges.
4. Es wird davon ausgegangen, dass die SVP-Fraktion mit dem Versicherungspaket nicht die einzelnen Versicherungspolicen meint, sondern die Dienstleistungen des Brokers. Die einzelnen Policen werden je nach Ablauf mittels eines separaten Submissionsver-

fahrens jeweils neu ausgeschrieben. Betreffend dem Broker-Mandat mit der Firma Kessler und Co. lässt sich festhalten, dass die Zusammenarbeit im Moment sehr gut läuft. Je nach Situation oder nach 6 – 8 Jahren wird der Gemeinderat diesen Auftrag sicher wieder neu ausschreiben. Sofern es dann zumal auf dem Platz Spiez einen Versicherungsbroker gibt, welcher die Submissions-Kriterien erfüllt, wird auch dieser ein entsprechendes Angebot einreichen dürfen.

Der Gemeinderat ist überzeugt, dass das Versicherungswesen mit der heutigen Lösung in äusserst professionellen Händen liegt, was nicht zuletzt im Interesse jedes einzelnen Bürgers und Steuerzahlers ist.

Urs Maibach zeigt sich von der Antwort des Gemeinderates befriedigt.

147 1.302 Motionen, Postulate, Interpellationen Behandlung parlamentarischer Vorstösse

Persönliche Erklärung

Christoph Hürlimann: In den letzten Stunden konnte Diverses über die Aufgabenüberprüfungen vernommen werden. Man sieht aber noch keine grossen Resultate des Gemeinderates. Bei der Behandlung der nachfolgenden Motionen sollte der GGR mehr wissen, damit Entscheidungsgrundlagen vorliegen. Es wäre interessant zu erfahren, welche Ideen der Gemeinderat hat. Es sollte die Richtung angegeben werden, wo gespart werden soll. Er hat das Gefühl, dass die Behandlung der verschiedenen Motionen ein komplexes Geschäft wird. Es wäre deshalb wünschenswert zu hören, was der Gemeinderat plant.

Franz Arnold: In der Antwort auf die FDP-Motion (U. Gurtner) sind einige Aufgaben aufgeführt, wo der Gemeinderat Einsparungen vornehmen will. Der Gemeinderat kann nur rund 10 % seiner Aufgaben selber beeinflussen. Die Aufgaben wurden geprüft. Der Gemeinderat hat versucht, die laufende Rechnung zu entlasten. Es handelt sich um verhältnismässig kleine Beträge. Im Weiteren wurde das Investitionsvolumen auf Fr. 2 Mio. pro Jahr plafoniert. Der Gemeinderat kann verschiedene Punkte sehr schlecht beeinflussen (Finanz- und Lastenausgleich, Zentrumslasten etc.). Die Aufgaben der Verwaltung können nicht einfach so „entrümpelt“ werden. Im Bereich der Sozialen Dienste wurde per Ende 2006 das Beschäftigungsprogramm sowie die Asylkoordination ausgegliedert. Hier konnte etwas beeinflusst werden.

Postulat G. Schafroth (FS) betr. Gestaltung Bahnhof und Seestrasse

Ausführungen des Gemeinderates

Stefan Kocherhans: Der Gemeinderat beantragt, das Postulat nicht zu überweisen. Es wurden an gewissen Standorten Sitzbänke aufgestellt oder es wird abgeklärt, wo dies noch möglich ist (Aussichtsplattform Bahnhof, Regezparkplatz und Abklärungen beim Kronenplatz). Anlässlich einer Begehung mit Vertretern der BLS und der Gemeinde wurde besprochen, wer im Bereich Bahnhof für den Unterhalt verantwortlich ist. Der Pavillon beim Bahnhof kann nicht beheizt werden und hat keinen Wasseranschluss. Er wird als Ausstellungslokal benutzt. Die Einbuchtungen an der Bahnhofstrasse könnten baulich attraktiver gestaltet werden. Relativ viele Stühle hat die Gartenwirtschaft des Bahnhofbuffets. Dieser Bereich wird gut genutzt. Vertreter der BLS haben ausgeführt, dass Umbaupläne für den Bahnhof bestehen. Es ist noch nicht klar, was alles gemacht wird. Eventuell könnte auch die Küche des Bahnhofbuffets in Frage kommen. Diese Küche liegt direkt unter der Bahnhofstrasse und

Lastwagen dürfen in diesem Bereich nicht kreuzen. Der Ausgang der Bahnhofporte bietet einen jämmerlichen Anblick. Da vielleicht die Küche saniert werden muss, macht es nun kaum Sinn, den Belag bei der Porte zu sanieren. Die Mauer ist sehr düster und ist von Pflanzen überwachsen. Der Werkhof reinigt die Mauer mit Hochdruckgeräten und reisst die überwuchernden Pflanzen aus. Die Beleuchtung wird von der BLS verbessert. Wenn die Umbaupläne für den Bahnhof konkreter vorliegen, wird mit den Vertretern der BLS erneut ein Gespräch stattfinden, damit das weitere Vorgehen besprochen werden kann. Kurzfristig wurde nun etwas unternommen. Neu werden auch Stelen für das Fussgängerleitsystem in die Bucht beim Bahnhof aufgestellt. Das Postulat soll nicht überwiesen werden, da es sich um eine Daueraufgabe der Gemeinde handelt.

Ausführungen des Motionärs

Gerhard Schafroth: Es ist ihm rätselhaft, warum der Gemeinderat bei diesen vielen Massnahmen das Postulat nicht überweist und als erfüllt abschreiben lässt. Es ist gut, dass etwas unternommen wurde. Bei den Ausbuchtungen an der Bahnhofstrasse würde sich ein wunderschöner Blick auf Schloss und See bieten. Es handelt sich jedoch eher um hundekotverseuchtes Gras. Er wünscht viel Erfolg bei der Umsetzung der geplanten Massnahmen.

Fraktionssprecher

Keine Wortmeldungen.

Allgemeine Diskussion

Irma Grandjean: Sie schlägt vor, das Postulat zu überweisen und gleichzeitig als erfüllt abzuschreiben. Am Bahnhof soll noch mehr unternommen werden, um die Situation zu verbessern.

Gerhard Schafroth kann sich mit diesem Vorgehen einverstanden erklären.

Der Gemeinderat kann sich ebenfalls mit diesem Vorgehen einverstanden erklären.

Beschluss (einstimmig)

Das Postulat G. Schafroth (FS) betr. Gestaltung Bahnhof und Seestrasse wird überwiesen und gleichzeitig als erfüllt abgeschrieben.

Motion P. Müller (SVP) betr. Überprüfung Produktegruppe Kinder- und Jugendarbeit

Ausführungen des Gemeinderates

Ursula Erni: Die vorliegende Motion beinhaltet einleitend Steuerungskriterien, welche erfüllt werden müssen, damit die Gesundheits- und Fürsorgedirektion (GEF) der Gemeinde eine Ermächtigung ausstellt. Jährlich wird ein Reporting durch das Steuerungsorgan der GEF durchgeführt, um die Effizienz und die Effektivität der bereitgestellten Dienstleistungen zu überprüfen. Wenn die Kriterien erfüllt sind, können die Kosten dem Lastenausgleich zugeführt werden. Innerhalb der vorgegebenen Rahmenbedingungen der GEF hat die Kinder- und Jugendarbeit (KJAS) einen gewissen Handlungsspielraum vor Ort. Damit den Anforder-

rungen entsprochen werden kann, sind ausgebildete Fachleute für die verschiedenen Bereiche der KJAS zuständig. Zur Zeit sind dies drei Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen und ein Sozialarbeiter. Die seit dem Jahr 2001 bestehende Kinder- und Jugendarbeit Spiez hat sich pionierhaft zu einer professionellen Jugendarbeit entwickelt, welche sich kantonal zu einer vorbildhaften Institution etabliert hat. Es wurden Modelle entwickelt, wie in diesem Spannungsfeld zwischen Jugendlichen, Trägerschaft und Gesellschaft gehandelt wird. Die erarbeiteten Prinzipien, wie Offenheit, Freiwilligkeit und Partizipation soll trotz gesellschaftlichen Veränderungen Gültigkeit behalten. Die ganz grosse Herausforderung der KJAS ist, dass auf dem bestehenden Fundament ständig weitergebaut werden muss. Dies verlangt eine vielfältige, selbstkritische Auseinandersetzung in Bezug auf Dienstleistungen, Arbeitsmethode und Zielgruppe. Die Offenheit bedeutet auch immer wieder eine flexible und unbürokratische Gestaltung der Kinder- und Jugendarbeit. Der Gemeinderat hat im letzten Jahr aufgrund des engen finanziellen Spielraums eine Stelle um 30 % reduziert. Ausserdem wurde der KJAS der Auftrag erteilt, die aufsuchende Jugendarbeit mit Schwerpunkt Mädchenarbeit zu fördern. Die neue Aufgabe ist gut angelaufen. Die Wiedereröffnung des Bunkers hat gezeigt, dass auch andere neue Zielsetzungen mit gutem Erfolg weitgehend umgesetzt sind. Positive Reaktionen aus der Nachbarschaft und der Polizei haben dies bestätigt. Erfreulich war die Tatsache, dass zwei GGR-Mitglieder der Einladung zur Bunkereröffnung gefolgt sind, um sich vor Ort ein Bild zu machen. Alle Politiker sind jederzeit eingeladen, das Gespräch mit den Jugendarbeiterinnen und Jugendarbeitern zu suchen. Es scheint wichtig, dass die Politiker kritisch hinschauen, aber andererseits ist es auch für die Jugendarbeit existenziell wichtig, dass sie von der Auftraggeberseite die Unterstützung spüren. Die Jugendarbeiterinnen und Jugendarbeiter stehen mit ihrer Aufgabe in einer verantwortungsvollen Herausforderung und sind in der Bevölkerung stark exponiert. Die KJAS hat in ihrem Auftrag den subsidiären Ansatz. Das heisst, sie ist in erster Linie zuständig für diejenigen Jugendlichen, welche sich aus unterschiedlichen Gründen nicht in bestehende Strukturen integrieren können. Sie hat die Aufgabe dort hinzuschauen, wo sonst niemand hinschaut. Für die bestehenden Mittagstische sind nach wie vor Freiwillige gesucht und sehr erwünscht. Bei dieser Gelegenheit wird für den wertvolle Einsatz der Freiwilligen bestens gedankt. Kürzlich hat sie den von der KJAS betreuten Mittagstisch im Krankenhaus besucht. Dabei konnte festgestellt werden, dass diese Aufgabe für Freiwillige sehr spannend, aber auch eine anspruchsvolle Herausforderung ist. Der Gemeinderat ist überzeugt, dass Spiez mit der professionellen Kinder- und Jugendarbeit eine gute Ausgangslage geschaffen hat. Man steht dafür ein, dass die KJAS auch weiterhin optimal nach Bedarf, aber auch den Ressourcen entsprechend für Kinder und Jugendliche eingesetzt werden kann. Der Gemeinderat hat mit der Stellenreduktion und der Schwerpunktverlagerung einen unpopulären Entscheid gefällt und damit einen Prozess ausgelöst. Der Gemeinderat will der KJAS die nötige Zeit geben, damit eine gesunde und dem Rahmenbedingungen entsprechende Entwicklung stattfinden kann. Spiez soll weiterhin ein Dorf sein, wo sich die Jugendlichen gerne aufhalten, Raum einnehmen können, sich ernst genommen fühlen und Ideen verwirklichen können. Ein Ort, wo ein gesundes und gutes Zusammenleben und Begegnen möglich ist. Aufgrund der Begründungen beantragt der Gemeinderat, die Motion nicht überweisen zu lassen.

Ausführungen des Motionärs

Paul Müller: Die eingereichte Motion hat verschiedene Diskussionen ausgelöst. Bei der Durchsicht der Antwort des Gemeinderates erscheint es wie ein Plädoyer oder wie eine Verteidigung. Mit den aufgeführten acht Punkten in der Motion soll dem Gemeinderat aufgezeigt werden, wo eine Kursänderung bei der KJAS nötig und angebracht wäre. Aber nein, scheinbar soll alles in Ordnung sein. Dieser Ansicht ist er nicht. Die GGR-Mitglieder werden gebeten, die Motion zu überweisen, damit der Gemeinderat beim Produkt KJAS eine Kursänderung vornehmen kann. Speziell die Frontarbeit soll zulasten der Büroarbeit verstärkt werden. Die Motion soll deshalb überwiesen werden.

Fraktionssprecher

Ernst Hautle (FDP): Im Verlauf der Sitzung folgen noch einige Motionen, bei welchen es ums Sparen geht. Der Verwaltung müssen jetzt Aufträge erteilt werden, damit das Eigenkapital nicht in einigen Jahren aufgebraucht ist. Allgemein wird an den verschiedenen Fraktions-sitzungen das Abstimmungsverhalten diskutiert. Man soll sich aber eine eigene Meinung zu den Geschäften bilden und es ist erlaubt von der Fraktionsmeinung abzuweichen, wenn man das Gefühl hat, die andere Meinung überzeugt. Einen Fraktionsausschluss riskiert wohl niemand, wenn er von der Fraktionsmeinung abweicht. Die FDP-Fraktion ist nicht gegen aufsuchende Kinder- und Jugendarbeit. Man ist jedoch gegen Bürokratie und theoretische Konzepte und gegen das Verstecken des Bereichsleiter hinter der Büroarbeit. Die 14 Indikatoren im NPM zeigt Bürokratie pur. Wir brauchen operativ tätige Jugendarbeitende. Diese Motion soll helfen, diese Forderung umzusetzen. Die Motion soll deshalb überwiesen werden.

Irma Grandean (SP): Die SP-Fraktion ist nicht grundsätzlich gegen das Sparen. Man kann sich jedoch nicht dafür einsetzen, wieder bei den Kindern und Jugendlichen zu sparen. Der Motionär und die Mitunterzeichnenden fordern eine Überprüfung der Kinder- und Jugendarbeit und Budgetkürzungen im Voranschlag 2008. Die Forderung der Überprüfung der Produktegruppe hat auch einen positiven Aspekt. Sie gibt einen genauen und tiefen Einblick in die Auflagen, welche die Gesundheits- und Fürsorgedirektion (GEF) gemacht hat, damit vom Lastenausgleich profitiert werden kann. Im Verwaltungsbericht und in der Gemeinderrechnung ist ersichtlich, dass unter anderem auch wegen der 30 % Kürzung des Stellenetats nicht mehr ganz alle Aufgaben erfüllt werden können. Nun soll noch eine Budgetkürzung dazu kommen. Dies liegt nicht drin. Zudem kann aus der Antwort des Gemeinderates klar ersehen werden, dass viele Punkte in der Motion nicht zutreffend sind. Sparen egal wo und zu welchem Preis darf nicht sein. Sparen bei der Prävention, bei Kindern und Jugendlichen hat einen Bumerangeffekt. Investieren wir heute bei den Kindern und Jugendlichen genügend in Prävention, sparen wir später beim Gesundheitswesen, der IV, der Arbeitslosenversicherung, der Sozialhilfe etc. Die SP-Fraktion dankt allen Mitarbeitenden der KJAS für die gute Arbeit. Die SP-Fraktion setzt sich für die Prävention ein und ist gegen einen Bumerangeffekt. Deshalb wird eine Überweisung der Motion klar abgelehnt.

Evi Hürlimann (FS): Gemäss Motionär soll die Büroarbeit zugunsten der aufsuchenden Jugendarbeit gekürzt werden. Dies bedeutet, dass die aufsuchende Jugendarbeit gestärkt wird und die administrativen Tätigkeiten gekürzt werden. Damit könnte man sich noch einverstanden erklären. Präventionsarbeit ist jedoch sehr wichtig und unerlässlich. Bei der Wiedereröffnung des Bunkers hätte dies festgestellt werden können. Man hätte erfahren, was alles geleistet wird, damit die Jugendlichen von der Strasse geholt und einer sinnvollen Tätigkeit zugeführt werden. Dies ist Prävention. Es ist schade, dass nur zwei GGR-Mitglieder an der Wiedereröffnung anwesend waren. Die FS-Fraktion ist der Ansicht, die Motion nicht zu überweisen.

Jolanda Brunner (SVP): Es ist richtig, dass die Büroarbeit zugunsten der aufsuchenden Jugendarbeit gekürzt werden soll. Die aufsuchende Jugendarbeit leistet gute Arbeit und kann sehr offen und flexibel auf Gegebenheiten reagieren. Sie hat die Entwicklung der Jugendarbeit mitverfolgt. Am Anfang gab es nicht viel Zeit für Büroarbeit. Man hat einfach Projekte realisiert und entwickelt. Immer mehr kam die Bürokratie dazu. Es wurden viele Konzepte entwickelt. Bei der Jugendarbeit ist jedoch alles sehr schnelllebig. Die Konzepte halten manchmal kaum ein halbes bis ein ganzes Jahr, da die Gegebenheiten wieder geändert haben. In der Motion wird ausgeführt, dass die Transparenz bei den Personaleinsätzen beim Animatobus nicht gegeben ist. Der Gemeinderat führt aus, dass diese Kontaktaufnahme sehr wichtig ist für die Kinder. In den Räumlichkeiten halten sich gemäss Motionär nur organisierte Gruppierungen auf und einzelnen Ratssuchende halten sich zurück. In der Sprache der Jugendarbeit ist der Ausdruck „organisierte Gruppierung“ falsch. Es sind aber Jugendliche welche

zur gleichen Gruppierung gehören und damit verhindern, dass sich auch andere Jugendliche dort aufhalten. Für Ratsuchende ist das TJUB deshalb nicht die geeignete Anlaufstelle. Es ist deshalb gut, dass sich die Jugendarbeitenden auch auf den Pausenplätzen der Primarschulhäuser zeigen. Die Betreuung der Mittagstische ist für Freiwillige sehr interessant. Es gibt aber auch in diesem Bereich Probleme, welche gelöst werden müssen. Die SVP-Fraktion hält an der Motion fest.

Allgemeine Diskussion

Astrid Thöni: Sowohl Paul Müller, Ernst Hautle und auch Jolanda Brunner haben davon gesprochen, dass Frontarbeit wichtig ist und sogar ausgebaut werden muss. Frontarbeit beinhaltet die Präsenz der Jugendarbeit auf dem Pausenplatz im Längenstein und bei den Primarschulhäusern, bei der Freizeitgestaltung der Jugendlichen, bei der Lehrstellensuche etc.. Dies ist sehr wichtig und diese Arbeiten könnten auch noch ausgebaut werden. Die Motion verlangt aber gleichzeitig Sparmassnahmen, deshalb kann sie dieser Motion in dieser Form nicht zustimmen. Sie hätte auch lieber weniger „Bürotiger“ und mehr Frontarbeiter.

Urs Gurtner: Bei dieser Motion geht es nicht nur ums Sparen. Es geht um die Daseinsberechtigung des Bereichsleiters und der Auflösung des TJUB in diesen Büroräumlichkeiten. Die Behauptungen des Motionärs in seinen Begründungen können bestätigt werden. Es geht darum, dass 150 % für Frontarbeit und 80 % für Büroarbeit vorhanden sind. Es geht um eine Verschiebung in die operative Tätigkeit, welche wir uns alle wünschen. Dies ist in der heutigen Zeit enorm wichtig. Dem Motionär wird vorgeschlagen, die Motion abzuschwächen, wenn die Budgetkürzungen im zweiten Teil des ersten Satzes der Motion gestrichen werden. Damit könnten wohl mehrere Mitglieder der Motion zustimmen.

Paul Müller: Kann sich mit der Anpassung einverstanden erklären. Er zeigt sich enttäuscht, dass man nicht auf die in der Begründung aufgeführten Punkte eintreten will.

Der Vorsitzende orientiert, wie der Motionstext gemäss Motionär Paul Müller neu lautet:

Der Gemeinderat wird beauftragt, die Produktgruppe Kinder- und Jugendarbeit Spiez zu überprüfen. und beim Voranschlag 2008 Budgetkürzungen gegenüber 2007 vorzunehmen.

~~Es sind Sparmöglichkeiten zu prüfen~~ Indikatoren und Standards sind so anzupassen, dass...

Pause von 20.35 - 20.40 Uhr

Ausführungen des Gemeinderates

Der Gemeinderat hält weiterhin daran fest, die Motion nicht zu überweisen.

Ausführungen des Motionärs

Paul Müller hält an seiner Motion mit den angebrachten Streichungen fest.

Fraktionssprecher

Evi Hürlimann (FS): Die FS-Fraktion kann sich mit dem veränderten Motionstext einverstanden erklären. Die Indikatoren und Standards sowie die Treff- und Begegnungsorte sollen überprüft werden. Die Standards sind so zu prüfen, dass keine Sparmassnahmen getroffen werden.

Bernhard Hauck (SP): Die SP-Fraktion hat die veränderte Motion diskutiert. Man ist zum Schluss gekommen, die Motion überweisen zu lassen unter gleichzeitiger Abschreibung, da geltend gemacht werden kann, dass im letzten Jahr bereits eine 80 %- Stelle nur mit 50 % besetzt und etliche weitere Massnahmen getroffen wurden.

Allgemeine Diskussion

Urs Gurtner: Es herrscht scheinbar ein gewisser Konsens hier im Saal, dass bei der KJAS nicht alles so ist, wie wir es gerne hätten. Die Abschreibung der Motion, wie dies die SP-Fraktion fordert ist eher einem „Buebetrickli“ gleichzusetzen. Auch die Haltung des Gemeinderates wird nicht verstanden, dass er die Motion nicht überweisen will. Er bittet alle, die Motion zu überweisen.

Auf die Frage von **Eliane Baumann** erklärt **Paul Müller**, dass es beim letzten Satz der Motion um den Standort des TJUB in den Räumlichkeiten der KJAS geht.

Godi Bärtschi: Er ist sehr froh um den Vorschlag von Urs Gurtner. Dieser ist sehr konstruktiv und die EVP-Fraktion kann dem abgeänderten Vorschlag zustimmen.

Daniel Dunkelmann, Vertreter Jugendrat: Die Diskussionen gefallen ihm langsam. Die bisherigen schwarzweiss Diskussionen lösen sich langsam auf und man kommt langsam in den Bereich des Farbfernsehens. Dies ist ein Fortschritt. Er schätzt die Arbeit der KJAS und hat das Angebot auch selber genutzt. Der Posten der Büroarbeit muss überprüft werden. Es gab Fälle mit Jugendgruppen, wo Hilfesuchende die Hilfe nicht beanspruchen konnten. Die aufsuchende Jugendarbeit muss deshalb gefördert werden. Er ist froh, dass die Budgetkürzungen aus der Motion gestrichen wurden. Bei der KJAS soll nicht primär gespart, sondern die Aufgaben überprüft werden. Für die weiteren Diskussionen gibt er den Ratsmitgliedern folgenden Spruch weiter: „Luege, lose, loufe“. Das heisst, zuerst „luege“ = Geschäft gut anschauen, „lose“ = den anderen Leuten zuhören und erst dann „loufe“ sonst wird man überfahren.

Christoph Hürlimann: Das Votum von Daniel Dunkelmann bestätigt, dass die Motion nicht abgeschrieben werden kann. Er hat bestätigt, dass einiges nicht ganz gut läuft bei der KJAS.

Walter Holderegger: Als GPK-Mitglied hat er das Produkt Kinder- und Jugendarbeit geprüft. Wenn aber die Stelle des Bereichsleiters vom TJUB getrennt werden soll, braucht es mehr Stellenprozent. Es erstaunt deshalb, dass hier gespart werden soll. Er versteht nicht, warum dies getrennt werden soll. Im TJUB können sich die Jugendlichen unter Aufsicht bewegen. Mit den 180 Stellenprozent kann kein externer Jugendtreff abgedeckt werden. Der Vorschlag des Gemeinderates wird unterstützt, die Motion nicht zu überweisen, da bereits Abklärungen getroffen wurden.

Ursula Erni: Der Gemeinderat beantragt die Ablehnung der Motion beizubehalten, da im August 2006 Massnahmen mit der Stellenreduktion um 30 % ergriffen wurden und ein klarer Auftrag zur aufsuchenden Jugendarbeit gegeben wurde. Bei der KJAS hat in den letzten Jahren ein gewisser Reformstau stattgefunden. In diesem Spannungsfeld will man sich nun auf die aufsuchende Jugendarbeit konzentrieren. Deshalb bleibt der Gemeinderat bei der Ablehnung der Motion.

Daniel Lanz: Zum Votum von Walter Holderegger kann ausgeführt werden, dass momentan 80 Stellenprozente für Büroarbeiten und 150 Stellenprozente für aufsuchende Jugendarbeit zur Verfügung stehen. Es geht nicht darum, die 80 Stellenprozente zu streichen, sondern möglichst sinnvoll umzuverteilen (z.B. 30 % Büro und 200 % aufsuchend). Er wagt zu bezweifeln, ob der Chef im Büro oder die Angestellten der aufsuchenden Jugendarbeit teurer sind. Er versteht nicht ganz, warum sich der Gemeinderat gegen eine Überprüfung sträubt.

Walter Holderegger: Während Gerhard Krebs in seinem Büro arbeitet, spielen die Kinder und Jugendlichen im TJUB. Bei einer Trennung braucht es mehr Leute für die Aufsicht.

Ursula Zybach: Sie versteht nicht, warum man noch mehr Abklärungen will, wenn der Gemeinderat die Antworten darauf bereits unterbreitet hat. Die Antworten des Gemeinderates sind zum Teil bereits erschöpfend lang. Sie hat nicht das Gefühl, dass der GGR bei einer nochmaligen Überprüfung zusätzliche Erkenntnisse erhält. Die Botschaft ist klar, dass man mehr aufsuchende Jugendarbeit will. Der Gemeinderat sollte selber in der Lage sein, zusätzliche und allenfalls nötige Anpassungen vorzunehmen. Sie möchte deshalb die Motion nach der Überweisung gleichzeitig abschreiben.

Abstimmung

- Auf den Antrag des Gemeinderates, die Motion nicht überweisen zu lassen, **entfällt 1 Stimme.**
- Auf den Antrag des Motionärs, die Motion überweisen zu lassen, **entfallen 26 Stimmen.**
- Auf den Antrag der SP-Fraktion, die Motion gleichzeitig als erfüllt abschreiben zu lassen, **entfallen 7 Stimmen.**

Beschluss

Die Motion P. Müller (SVP) betr. Überprüfung Kinder- und Jugendarbeit wird überwiesen.

Motion FDP-Fraktion (D. Lanz) betr. Überprüfung und Standardanpassung Produktgruppe Verwaltungsführung

Ausführungen des Gemeinderates

Franz Arnold: In dieser Produktgruppe Verwaltungsführung sind diverse Produkte enthalten, welche Dienstleistungsaufgaben beinhalten und kaum beeinflussbar sind. Es handelt sich um Aufgaben, welche von Bund und Kanton vorgegeben sind (Testamentswesen, Siegelungswesen etc.). Die Forderung des Motionärs, dass der Nettoaufwand 85 % nicht übersteigen soll, wird bei der Rechnung 2006 beinahe erreicht (87.23 %). Durch die Bewilligung der zusätzlichen 50 %-Stelle bei der AHV-Zweigstelle wird der Aufwand bei dieser Produktgruppe wieder steigen (ca. 40' - 60'000.--). Im Ertragsbereich werden die Kostenbeteiligungen der an die AHV-Zweigstelle angeschlossenen Gemeinden Reutigen und Wimmis ein-

fliessen. Es besteht die Schwierigkeit die Rechnungszahlen zu vergleichen, da die internen Verrechnungen eine Verschiebung mit sich gebracht haben. Die Senkung der Absenzenquote kann von 8 auf 5 % vorgenommen werden. In diesem Punkt kann die Forderung der Motion erfüllt werden.

Ausführungen des Motionärs

Daniel Lanz: Die Begründung des Gemeinderates lautet wie folgt: „Allgemein kann festgehalten werden, dass der Personalaufwand für das Jahr 2006 unter den budgetierten Werten liegt.“ Der Wert liegt jedoch über den Zahlen aus dem Jahr 2005. Positiv ist, dass der Gemeinderat bei der Absenzenquote die 5 % akzeptiert. Man hätte auch 3.5 % nehmen können. Man setzt sich ja aber kaum Ziele ohne Not. Negativ ist, dass die 85 % nicht möglich sein soll. Im Jahre 2006 schliesst die Produktegruppenrechnung mit rund 87 % ab. Es ist nicht nachvollziehbar, warum dies nicht möglich sein soll. Es liegt wohl nicht an den Fakten, sondern am Willen. Er hält an der Motion fest, da die 85 % machbar sind.

Fraktionssprecher

Annina Hauck (SP): Die SP-Fraktion hat die Motion geprüft und ist der Ansicht, dass die Effizienz der Verwaltungsführung vorhanden ist. Eine Verwaltung sollte nicht auf feste Prozentzahlen fixiert werden. Gerade wenn es auch um unregelmässige Beschaffungen in der Informatik geht. Diese Kosten können von Jahr zu Jahr schwanken. Die Voranschlagszahlen können nicht 1 : 1 verglichen werden. Zudem kann ein grosser Teil der in diesem Produkt enthaltenen Aufgaben kaum beeinflusst werden (Siegelungsgebühren oder Kantonsbeiträge). Andererseits gibt es in dieser Produktgruppe viele Variablen, welche nur sehr schwer festgelegt werden können. Der einzige Ort, wo gespart werden könnte, wäre beim Personal. Die SP-Fraktion ist jedoch der Ansicht, dass hier bereits genügend Effizienz vorliegt. Es ist deshalb sicherlich nicht sinnvoll, beim Personal zu sparen. Der Absenzenquote von 5 % kann zugestimmt werden. Die SP-Fraktion lehnt die Überweisung der Motion ab.

Allgemeine Diskussion

Gerhard Schafroth: Ein Budget wird meistens so erstellt, dass man nicht auf die Nase fällt. Die Gemeinde budgetiert jeweils relativ genau. Er hat festgestellt, dass sich die Verwaltung daran stört, dass sie im GGR immer kritisiert und nie gelobt wird. Gute Leute könnten so verloren gehen. Eine Antwort auf eine Motion zu verfassen, braucht relativ viel Zeit. Seitens der Verwaltung konnte in Erfahrung gebracht werden, dass für die Beantwortung einer Motion rund zwei Arbeitstage eingesetzt werden müssen. Bei sieben Motionen ergibt dies rund Fr. 14'000.-- an Personalaufwand. Man könnte auch hier Einsparungen machen, wenn weniger Motionen eingereicht würden. Es wäre wünschenswert, wenn man sich genau überlegt, was ein parlamentarischer Vorstoss auslöst. Man kommt zwar in die Presse und es stellt sich die Frage, ob dies die Wahlchancen erhöht. Mit weniger Motionen kann Ratsarbeit gespart werden. Dem Gemeinderat kann hier geholfen werden.

Beschluss (mit 17 : 15 Stimmen)

Die Motion der FDP-Fraktion (D. Lanz) betr. Überprüfung und Standardanpassung Produktgruppe Verwaltungsführung wird nicht überwiesen.

Motion FDP-Fraktion (F. Sennhauser) betr. Überprüfung Produktegruppe Gemeindepolizeiwesen

Ausführungen des Gemeinderates

Christian Zaugg: In der Motion werden Zahlen miteinander verglichen, welche nicht miteinander verglichen werden können. Die Gemeinde Spiez befindet sich voll im Systemwechsel von der ursprünglichen Rechnungsführung zu NPM. In der Rechnung 2005 sind keine Lohnkosten enthalten. Im Budget 2007 werden die Lohnkosten ins Produkt aufgenommen. Deshalb sind die Zahlen der Rechnung 2005 nicht mit denjenigen des Budgets 2007 vergleichbar. In der Rechnung 2006 liegt man unter 60 % des steuerfinanzierten Aufwandes, wie dies die Motion verlangt. Der Aufwand wird tendenziell sinken, da ab 2008 die Lebensmittelkontrolle kantonalisiert wird. Der Kanton übernimmt ab dann auch die Kosten von rund Fr. 20'000.-- pro Jahr. Selbstverständlich unter der Bedingung, dass der Kanton den Gemeinden keine anderen Aufgaben überwälzt. Der Übergang von Polizeiaufgaben an den Kanton hat keinen wesentlichen Einfluss auf dieses Produkt. Die Gemeinde hat drei Gemeindepolizisten an die Kantonspolizei abgegeben. Die Gemeinde kauft Leistungen im Bereich von 275 Lohnprozenten ein. 15 Lohnprozent sind bei der Gemeindepolizei geblieben. Hier konnten sogar 10 Lohnprozent eingespart werden. Die Teuerung bei den Leistungen der Kantonspolizei ist indexiert. Der Gemeinderat beantragt, die Motion nicht zu überweisen.

Ausführungen des Motionärs

Franz Sennhauser: Es fragt sich, ob der Gemeinderat mit seiner Haltung noch glaubwürdig ist. Die GGR-Mitglieder haben aufgrund der Finanzlage die Pflicht, Lösungen aufzuzeigen und Anregungen anzubringen, wie eine bessere Finanzlage erreicht werden kann. Es wurde immer ausgeführt, dass mit NPM Steuerungen vorgenommen werden können. Positiv ist, dass aufgrund der Motion, die Rechnung die geforderten 60 % einhält. Die Motion ist in einem sinnvollen Rahmen. Es fragt sich, warum diese nicht angenommen werden kann. Für das Budget 2008 sollte ein Zeichen auch gegenüber den Gemeindebürgern gesetzt werden. Es wäre relativ einfach, diese Motion zu erfüllen. Für die FDP-Fraktion gibt es deshalb keinen Grund, die Motion abzulehnen.

Fraktionssprecher

Verena Trachsel (SP): Die SP-Fraktion setzt sich gegen die Überweisung der Motion ein, da die Zahlen nicht miteinander verglichen werden können. Der Motionär hat das Ziel gesetzt, die Gemeindepolizei zu überprüfen und dass maximal 60 % der Aufwendungen steuerfinanziert werden. In diesem Sinne ist die Motion erfüllt und es kann davon ausgegangen werden, dass dies auch für den Voranschlag 2008 gilt.

Allgemeine Diskussion

Joachim Nelles: Es ist richtig, dass seit einiger Zeit über die Finanzen der Gemeinde diskutiert wird. Es hat im GGR bereits einige Diskussionen Links gegen Rechts gegeben. Nun erleben wir einen Versuch auf eine andere Art wieder das Gleiche zu erreichen. Es ist wieder die gleiche Situation, dass Rechts gegen Links diskutiert. Wir werden so sehr viel Zeit verlieren. Konkret hat er nichts dagegen einzuwenden, wenn Produktegruppen überprüft werden sollen. Allenfalls können auch Vorgaben gemacht werden, wie die Ziele erreicht werden können. Wenn man jedoch immer die Verbindung mit Prozentzahlen oder Einschränkungen macht, kann er so nicht mitmachen, da so nicht gearbeitet werden kann.

Urs Gurtner: Die 60 % sind schon erreicht. Die Motion kann aber nicht abgeschrieben werden, da sich der Motionstext auf den Voranschlag 2008 bezieht. Die GGR-Mitglieder sollen sich einen Ruck geben, da die Motion fast erfüllt ist. Man will nicht wieder in die Situation geraten, dass das Budget geändert oder nicht angenommen werden kann. Es sollte relativ einfach sein, einer Überweisung der Motion zuzustimmen.

Beschluss (mit 18 : 15 Stimmen)

Die Motion FDP-Fraktion (F. Sennhauser) betr. Überprüfung Produktegruppe Gemeindepolizeiwesen wird nicht überwiesen.

Motion FDP-Fraktion (U. Gurtner) betr. Ausgabenüberprüfung statt Steuererhöhung

Ausführungen des Gemeinderates

Franz Arnold: Aus der Antwort des Gemeinderates kann entnommen werden, welche Massnahmen der Gemeinderat im Rahmen der Aufgabenüberprüfung ergriffen hat. Es wurden insgesamt 54 Aufgaben überprüft. Der Motionär rennt mit seiner Motion eigentlich offene Türen ein. Der Gemeinderat setzt sich akribisch mit den kleinsten Zahlen auseinander und hat zum Teil unpopuläre Massnahmen treffen müssen. Er hat schon diverse Gespräche mit Betroffenen geführt. Der Gemeinderat überprüft seine Aufgaben permanent und nicht nur im Rahmen der Budgetierung. Eine Bestellung für die Gemeinde kann meistens nicht gut und perfekt genug sein. Es sind immer auch sofort Kritiker zur Stelle, wenn eine Aufgabe nicht so verläuft, wie sie sollte. Wenn es aber ums Zahlen geht, darf es nichts kosten. Der Gemeinderat ist bestrebt, auf der schwierigen Gratwanderung, einen Weg zu beschreiten, bei welchem er vor allem sich selbst treu bleibt und den er auch gegen aussen vertreten kann. Eine Steuererhöhung ist nicht Sache des Gemeinderates. Das Parlament kann im Rahmen der Budgetdebatte über eine allfällige Steuererhöhung debattieren.

Ausführungen des Motionärs

Urs Gurtner: Die FDP-Fraktion und er sind der Ansicht, dass die Beantwortung dieser Motion seitens des Gemeinderates sehr emotional ausgefallen ist. Man fühlt sich offenbar angegriffen. Der Gemeinderat führt in seiner Antwort aus, dass die Verwaltungstätigkeit permanent disqualifiziert werde. Es wird aber nicht ausgeführt, von wem und wo dies herkommt. Es wäre interessant zu wissen, wie viele Arbeitsverhältnisse wegen dieser Tatsache seitens von Angestellten in letzter Zeit aufgelöst wurden. Es trifft auch nicht zu, dass mit dem gleichen Personalbestand ein immer höheres Arbeitspensum erledigt werden muss. Die stetige Zunahme von Stellenprozenten in den letzten Jahren kann nicht wegdiskutiert werden. Belehrungen des Gemeindepräsidenten, welche Zuständigkeiten für die Festlegung des Steuersatzes herrschen, werden als unnötig betrachtet. Auch die Bemerkung, es brauche keinen Motionsauftrag, damit der Gemeinderat seinen Gesetzesauftrag erfüllt, ist völlig überflüssig im Zusammenhang mit der Beantwortung der Motion. Der Titel „Ausgabenüberprüfung statt Steuererhöhung“ ist zugegeben etwas provokativ. Es wird aber der Motionstext mit der Begründung vermischt. Die Aussage betreffend Steuererhöhung ist in der Begründung der Motion aufgeführt. Im Protokoll des GGR zur letzten Budgetdebatte kann dies nachgelesen werden. Die Motion könnte auch umbenannt werden in „Einsparungen im Gemeindevoranschlag 2008“. Vielleicht wäre dies etwas weniger provokativ. Die Motion verlangt nichts anderes, als Einsparungen im Voranschlag 2008 gegenüber der Rechnung 2006. Der Gemeinderat soll aufzeigen, wie dies erreicht werden kann. Dies erwartet die FDP-Fraktion von der strategischen Führung. Das Argument betreffend Kontenverschiebungen und -zuweisungen und das Ganze könne erst ab 2009 direkt verglichen werden, leuchtet nicht ein, da die meisten Produkte bereits im Jahre 2006 eingeführt wurden. Damit wäre ein direkter Vergleich

möglich. Der Motionstext lässt offen, wo der Gemeinderat Einsparungen vornehmen will. Es ist Aufgabe der Exekutive, zusammen mit den Abteilungsleitern und der Verwaltung weiteres Sparpotenzial auszuloten und dem GGR Vorschläge zu unterbreiten. Sollte sich bei dieser Überprüfung herausstellen, dass gewisse Einsparungen nur mit Leistungsabbau möglich sind, ist man bereit, darüber zu diskutieren. Die FDP-Fraktion ist überzeugt, dass viele Bürgerinnen und Bürger in Spiez mit der momentanen Schulden- und Ausgabenpolitik nicht einverstanden sind. Diese Steuerzahler erwarten vom Gemeinderat wirksame Massnahmen zur Verbesserung der Gemeindefinanzen. Den kommenden Generationen darf nicht ein so hoher Schuldenberg hinterlassen werden. In den Legislaturzielen wird seit drei Jahren von Schuldenabbau gesprochen. In diesem Sinne, soll die Motion überwiesen werden, damit im Herbst ein Budget präsentiert wird, welchem alle zustimmen können.

Fraktionssprecher

Bernhard Hauck (SP): Offensichtlich fürchten einzelne Ratsmitglieder, Steuererhöhungsdiskussionen fast so stark wie „der Teufel das Weihwasser.“ Dabei sind steuerliche Interventionen die einzigen finanzpolitischen Massnahmen, welche weitgehend von den meisten Bürgerinnen und Bürgern getragen werden. Der Gemeinderat sieht es in seiner Begründung richtig, dass entsprechende Vorschläge diesbezüglich in die Budgetdebatte gehören. Streichungen von Minimalbeiträgen in der Höhe zwischen Fr. 3' - 10'000.--, wie dies der Gemeinderat anscheinend zur Zeit praktiziert, sind politisch wenig sinnvoll und kaum wirksam. Sie verärgern unnötig viele Gemeindebürgerinnen und Gemeindebürger sowie Institutionen. Deshalb setzt die SP-Fraktion auf tragfähige, mehrheitsfähige Budgetbeschlüsse und beantragt deshalb, die Motion nicht zu überweisen.

Allgemeine Diskussion

Ulrich Nyffenegger: Es stellt sich die Frage, was ein direkter Vergleich sein soll. Man kann nicht nur Zahlen, sondern auch über Standards vergleichen. Es müsste aufgezeigt werden, welche Konsequenzen Sparmassnahmen haben und ob diese auch tragbar sind. Wenn der Gemeinderat ausführt, er habe die Aufgabenüberprüfung bereits durchgeführt, könnte die Motion auch überwiesen und gleichzeitig abgeschrieben werden. Es stört, dass bei der Aufgabenüberprüfung von den sechs aufgeführten Massnahmen 4.5 Mal die Kinder betroffen sind. Er hofft nicht, dass dies beim nächsten Budget das Resultat ist. Es sollten auch andere Massnahmen getroffen werden (Strassen, Dienstleistungen etc.). Aus diesem Grund kann er die Motion unterstützen.

Gerhard Schafroth: Es stört ihn, dass in der Motion von Steuererhöhungen gesprochen wird. Ihm ist wichtig, dass man gerne in einer Gemeinde wohnt. Dies kann nicht mit Sparübungen oder Steuererhöhungen erreicht werden. In der Gemeinde schätzt man, wenn die Strassen sauber sind, der Kehricht abgeführt wird, die Schulen gut geführt sind und zu den Jugendlichen geschaut wird. Dies kostet alles Geld. Mit der Aufgabenüberprüfung kann er sich einverstanden erklären, aber mit dem Wort „Steuererhöhung“ im Titel kann er sich nicht anfreunden. Er lehnt die Motion deshalb ab.

Urs Gurtner: Der Wahlkampf ist noch nicht eröffnet. Der Schuldenabbau ist eines der obersten Legislaturziele. Dies wurde bisher verfehlt. Wenn der gleiche Gemeinderat nun die Steuern erhöhen will, müssen die Argumente im Wahlkampf gesucht werden. Er hat den Eindruck, dass alle Vorstösse, welche von der SVP oder der FDP stammen, à priori abgelehnt werden, selbst wenn diese erfüllbar wären. Er zeigt sich erfreut über das Votum von Ulrich Nyffenegger. Der Motionstext lässt bewusst Spielraum. Im Hinblick auf die Budgetdebatte sollten Zeichen gesetzt werden. Es macht keinen Sinn, das Budget abzulehnen. Wenn man sich keine Ziele setzt, erreicht man auch nichts.

Franz Arnold: Präzisierend hält er fest, dass sich der Gemeinderat nicht gegen sinnvolle Aufgaben, welche in der Motion enthalten sind, zur Wehr setzt. Die Antwort des Gemeinderates ist, dass bereits Aufgaben überprüft wurden und es sich um eine permanente Aufgabe handelt, welche auch im Zusammenhang mit dem Budget 2008 angewandt wird. Der Gemeinderat ist bereit, die Verantwortung zu übernehmen. Die Aufzählung der gestrichenen Aufgaben ist nicht abschliessend. Es wurden diverse weitere Beiträge gestrichen. Mit dem Druck aus der Budgetdebatte wird vor nichts Halt gemacht. Bei der Debatte für die Schaffung der Ortsmarketingstelle wurde seitens des Vertreters der FDP ausgeführt, dass es sich um eine wichtige und zentrale Aufgabe handelt. Ohne Attraktivitätssteigerung könne die Gemeinde sowieso „zusammenpacken.“ Zuletzt kam noch der Satz, dass bei den rund 9'000 Stellenprozenten die 60 % Ortsmarketing locker aufgefangen werden können. Es stellt sich die Frage, ob bei der Gemeinde jemand zu 60 % die „Daumen dreht.“ Oder ob es vielleicht in irgend einem Bereich eine Aufgabe gibt, welche überflüssig ist? Er hat nicht selten die Erfahrung gemacht, dass jede Person, jede Gruppierung und Interessenvertretung ihr Anliegen als das Wichtigste betrachtet und der Ansicht ist, dass Spiez „einpacken“ kann, wenn dieses Projekt nicht unterstützt oder umgesetzt wird. Die Aufgaben sollen im besten Standard und absolut korrekt ausgeführt werden, sie dürfen aber nichts kosten. Dies ist ein Widerspruch. Das Kind sollte jeweils „beim Namen“ genannt werden.

Ernst Haulte: Zum Votum von Gerhard Schafroth kann ausgeführt werden, dass der GGR eine Aufgabe hat, sonst braucht es ihn nicht mehr. Wenn keine Motionen mehr eingereicht werden dürfen, wäre die Sitzung bereits vorbei. Die Effizienz muss hinterfragt werden, wenn die Beantwortung einer Motion zwei Arbeitstage in Anspruch nimmt. Gegenüber dem Budget hat die Rechnung um Fr. 800'000.-- besser abgeschlossen, deshalb konnten zusätzliche Abschreibungen in diesem Umfang vorgenommen werden. Der Gemeinderat hat aufgeführt, dass bei der Überprüfung von 54 Aufgaben Fr. 53'000.-- eingespart werden können bei einem Gesamtaufwand von Fr. 72 Mio. Warum kann der Gemeinderat nicht noch einmal das Ganze betrachten. Dem Motionär wird geraten, das Wort „Steuererhöhung“ aus dem Titel zu streichen.

Ursula Zybach: Sie könnte der Motion zustimmen, wenn nicht nur der finanzielle Aspekt betrachtet wird, sondern wenn auch Indikatoren und Standards gesetzt oder verändert würden. Wenn der Motionstext dahingehend abgeändert würde, welche Veränderungen die Einsparungen auf die Indikatoren und Standards haben, wäre dies spannend. Dies wäre ein genereller Auftrag an den Gemeinderat, wo Geld eingespart und welche Leistungen damit erzielt werden können. Qualitativ müssten verschiedene Inhalte geprüft werden. Dies wäre eine andere Möglichkeit, das NPM in den Griff zu bekommen, indem nicht der GGR sondern der Gemeinderat sagt, wo Einsparungen und Anpassungen von Standards möglich sind.

Urs Gurtner: Es stellt sich die Frage, wer aufgrund der Äusserung betreffend unterschwellige Diskriminierung der Verwaltung bei der Gemeindeverwaltung gekündigt hat. Zur Äusserung von Ursula Zybach kann ausgeführt werden, dass der Motionstext dem Gemeinderat freie Hand lässt. Es dürfen auch Standards gegen unten korrigiert werden. Es ist aufzuzeigen wo und wie Einsparungen möglich sind und wo mit den Standards heruntergefahren werden soll. Er ist bereit, die Motion wie folgt abzuändern (neuer Titel):

- Einsparungen im Gemeindevoranschlag 2008

Im Weiteren hält er an der Motion fest. Es kann nicht sein, bei einem Umsatz von über Fr. 70 Mio. nur Fr. 50' - 60'000.-- einzusparen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass es Aufgabe des GGR ist, die Standards festzulegen. Nun soll diese Aufgabe dem Gemeinderat übertragen werden. Er findet dies persönlich etwas bedenklich.

Jolanda Brunner: NPM ist beim GGR noch nicht ganz einverleibt und alle suchen nach Lösungen. Der GGR kann doch dem Gemeinderat den Auftrag geben, so und so viel einzusparen und der Gemeinderat zeigt die entsprechenden Konsequenzen auf. Gleichzeitig kann der GGR auch die Standards herunterfahren und dies hat auch Auswirkungen. Grundsätzlich stellt sie fest, dass die NPM-Produkte nur einen Bruchteil der Arbeit der Verwaltung darstellen. Deshalb ist es im Moment schwierig, dort zu steuern. Dem Gemeinderat geht es wohl nicht anders. Gemäss Auskunft des externen Beraters, Ueli Seewer, generieren viele Parlamente zusätzlich viele Indikatoren und Standards und kommen so wieder fast wieder an den gleichen Punkt, wie mit dem ursprünglichen Rechnungsmodell. Das Pendel schlägt so wieder zurück. Hier konnten nun gewisse Wege gefunden werden und man sollte sich nicht gegenseitig den „Schwarzpeter“ zuschieben.

Beschluss (20 : 16 Stimmen)

Die Motion FDP-Fraktion (U. Gurtner) betr. Einsparungen im Gemeindevoranschlag 2008 wird überwiesen.

Motion SVP-Fraktion (Ch. Mühlematter) betr. Überprüfung der Produktgruppen Kultur, Politische Führung, Wirtschaft und Tourismus, Sport

Ausführungen des Gemeinderates

Franz Arnold: Es zeigt sich, dass es im Bereich Sport schwierig ist, den Aufwand auf Fr. 1.25 Mio. einzufrieren. Bei den vielen Sportanlagen der Gemeinde Spiez ist es schwierig, einen fixen Betrag vorzugeben ohne einen gewissen Spielraum offen zu lassen. Der Gemeinderat ist der Ansicht, dass es sich um eine Gratwanderung zwischen Ansprüchen von Vereinen und einigermaßen vernünftigen Gebühren und gut unterhaltenen Anlagen handelt.

Jacqueline von Känel: Im kulturellen Bereich erfüllt die Gemeinde Spiez einen klaren Auftrag des Kantons. Das Produktgruppenbudget im Bereich Kultur ist höher als die Rechnung 2006. Es gibt verschiedene Detailkonten, welche nicht oder kaum beeinflusst werden können (Musikschule etc.). Grössere Beiträge in diesem Produkt werden wie folgt ausgerichtet:

- Bibliothek und Ludothek
- Bundesfeier
- Jungbürgerfeier
- Jugendmusik
- Läsetsunntig
- Musikverein Spiez
- Regionale Kulturkonferenz
- Stiftung Heimat- und Rebbaumuseum
- Schloss Spiez
- etc.

Verschiedene Organisationen, welche in Spiez einen Anlass durchführen, erhalten auf Ge- such hin, einen Beitrag. Die Kulturkommission richtet diese Beiträge nach klaren Kriterien aus. Wenn das Budget eingefroren wird, geht der Spielraum für die Unterstützung der Spiezer Vereine verloren. Gerade im Bereich Kultur wird sehr viel Freiwilligenarbeit geleistet. Ohne diese Freiwilligenarbeit gäbe es Verschiedenes nicht mehr (Betreuung des Heimat-

und Rebbaumuseum etc.). Die Einfrierung des Budgets hätte zur Folge, dass den ortsansässigen Organisationen Schaden zugefügt würde.

Franz Arnold: Neben der Kultur betrifft diese Motion auch das Produkt Politische Führung. Die Besserstellung gegenüber dem Budget ist auch damit zu begründen, dass die in diesem Produkt enthaltenen freien Ratskredite nicht ausgeschöpft wurden. Manchmal ist es auch von Zufälligkeiten abhängig, ob ein solcher Budgetposten ausgeschöpft wird oder nicht. Bei der Produktegruppe Wirtschaft und Tourismus sind Beiträge an den Wirtschaftsraum Thun (WRT) und an die Tourismusorganisationen enthalten (Spiez Tourismus, Faulensee Tourismus, Blumenschmuck und Thunersee Tourismus). Es wird darauf hingewiesen, dass im Bereich Ortsmarketing die Vermarktung von Spiez auf den verschiedenen Ebenen zusammengeführt werden soll. Der Gemeinderat beabsichtigt, für die Bereiche Tourismus, Ortsmarketing, Gewerbeverband und SPIEZaktiv eine bessere Organisationsform zu finden. Verschiedene Beiträge werden aus traditionellen Gründen ausgerichtet. Diese sind jedoch durchaus überprüfbar. Die Produktegruppe Sport beinhaltet die verschiedenen Vermietungen von Sportplätzen und -hallen. Hier ist es schwierig, etwas zu verändern. Der Gemeinderat wird jedoch auch hier prüfen, ob Anpassungen möglich sind.

Ausführungen der Motionärin

Christine Mühlematter: Im Sinne des Sparens hat sie vier Produktegruppen in eine Motion verpackt. Sie hat festgestellt, dass der Ausdruck „einfrieren“ wohl etwas ungeschickt gewählt ist. Dies bezieht sich jedoch ganz klar nur auf das Budget 2008. Es wäre ein Versuch wert, da die Gemeinderrechnung 2006 fast überall besser abschliesst als das Budget. Wenn die Umsetzung nicht möglich sein sollte, kann der Gemeinderat immer noch begründen, warum die Abweichungen entstanden sind. Ansonsten müssten die Standards heruntergefahren werden. Bei der Produktegruppe Kultur wird ausgeführt, dass das Rechnungsergebnis nicht mit dem Voranschlag verglichen werden kann, da zum Teil interne Lohnverrechnungen erst ab dem Jahr 2006 vorgenommen wurden. Die Rechnung 2006 schliesst um Fr. 10'000.-- besser ab als die Rechnung 2005 und um Fr. 60'000.-- besser als der Voranschlag 2006. Die internen Verrechnungen sind im Jahr 2006 bereits berücksichtigt. Trotz der internen Verrechnungen schliesst die Rechnung besser ab. Das Budget 2007 rechnet mit einem höheren Aufwand von rund Fr. 70'000.--. Es fragt sich, ob dies nötig ist und wo der Sparwille bleibt. Auch bei den übrigen Produktegruppen zeigen sich beim Budget 2007 massiv höhere Aufwendungen gegenüber dem Budget 2006 und der Rechnung 2006. Es wird wahrscheinlich so weiter gehen. Der Verdacht von Daniel Lanz kann gut nachvollzogen werden, dass zu hoch budgetiert wird, damit man bei der Rechnungsablage besser da steht. Die internen Verrechnungen können die GGR-Mitglieder kaum nachvollziehen, da der Einblick in die Detailkonten fehlt. Die Verwaltung soll aufzeigen, wo gespart werden kann, da nur sie die Detailkenntnisse hat. Der GGR entscheidet danach, ob er mit diesen Vorschlägen einverstanden ist oder nicht. Der GGR muss seine Aufgaben wahrnehmen, dazu gehören auch Motionen, welche gewisse Einsparungen fordern. Dies geschieht nicht um die Sitzungen zu verlängern oder die Verwaltung unnötig zu beschäftigen. Die Motion ist deshalb zu überweisen.

Fraktionssprecher

Urs Gurtner (FDP): Die FDP-Fraktion ist klar der Ansicht, dass bei den selbstgewählten Aufgaben der Gemeinde kein weiterer Aufwandszuwachs erfolgen darf. Die Motion verlangt keine Budgetkürzungen. Sie verlangt lediglich ein Ausgabenzuwachsmoratorium. Die FDP-Fraktion ist der Ansicht, dass die Forderungen der Motion sehr konkret, moderat und auch umsetzbar sind. Die Argumentation des Gemeinderates gegen die Motion sind nicht stichhaltig. Die FDP-Fraktion wird deshalb für die Überweisung der Motion stimmen.

Joachim Nelles (SP): Die SP-Fraktion wehrt sich gegen pauschale Einsparungen und Vorgaben, wie sie in dieser Motion eingebracht werden. Es ist richtig, dass sich mit NPM eine neue Situation präsentiert. Alle Seiten müssen sich auf die neue Situation einstellen und man muss einen Weg finden, wie man miteinander arbeiten kann. Vielleicht benötigt dies einen sogenannten „runden Tisch“, dass alle Kräfte einmal zusammensitzen und diskutieren, wie man mit dem Instrument NPM umgeht.

Allgemeine Diskussion

Anna Büchi: Zum Votum von Christine Mühlematter betreffend unnötige Motionen stellt sich die Frage, ob die vorliegende Motion nicht hinfällig ist, da die Motion von Urs Gurtner vorhin überwiesen wurde und der Gemeinderat beauftragt wird, sämtliche NPM-Produkte zu überprüfen.

Irma Grandjean: Es sind fünf Motionen eingereicht worden betreffend Überprüfung von NPM-Produkten. Es geht bei allen Motionen um Einsparungen. Wenn die Motion von Urs Gurtner vorgängig behandelt worden wäre, hätten die anderen Motionen zurückgestellt werden können. Damit hätte man zwei Stunden an Sitzungszeit einsparen und den Sitzungsbeginn auf 19.00 Uhr festlegen können. Die Motion von Urs Gurtner betrifft alle NPM-Produkte.

Urs Gurtner: Er ist froh, dass seine Motion überwiesen wurde. Er kämpft aber auch dafür, dass die Motion von Christine Mühlematter überwiesen wird. Diese setzt an einem anderen Ort an. Die FDP-Motion gibt den Ball dem Gemeinderat zurück und lässt Vieles offen. Die SVP-Motion ist konkret und verlangt, wo Einsparungen vorgenommen werden sollen.

Urs Maibach: Er erinnert sich an die Budgetdebatte, wo die bürgerlichen Parteien gemassregelt wurden, vor der Budgetdebatte Vorschläge einzureichen. Nun wurden Motionen eingereicht und aus der gleichen Richtung wird wieder gesagt, dass man mit dem Einreichen von solchen Motionen aufhören soll. Er wird deshalb der Überweisung der Motion zustimmen.

Beschluss (mit 18 : 15 Stimmen)

Die Motion SVP-Fraktion (Ch. Mühlematter) betr. Überprüfung der Produktgruppen Kultur, Politische Führung, Wirtschaft und Tourismus, Sport wird nicht überwiesen.

Motion SP-Fraktion (U. Nyffenegger) betr. Leitbild für die Entwicklung der Gemeinde Spiez

Ausführungen des Gemeinderates

Franz Arnold: In der Antwort des Gemeinderates ist aufgelistet, welche strategischen Zielformulierungen in der Gemeinde Spiez bereits bestehen. Beim Thema Leitbild gibt es sehr verschiedene Formen. Die Vorgaben bezüglich Leitbild sollen gemäss Motionär die drei Säulen Gesellschaft, Wirtschaft und Ökologie sein. Der Gemeinderat überprüft am Ende der Legislatur die Legislaturziele. Danach überarbeitet er die Legislaturziele zu Handen der neuen Legislatur. Die Legislaturziele sind nicht eigentlich ein Leitbild. Das Leitbild soll längerfristig von Dauer sein. Der Gemeinderat hat sich Gedanken zum Thema „wohin steuert die Gemeinde“ gemacht. Der Gemeinderat plant eine zweitägige Klausursitzung zu diesem Thema. Es wird vom Gemeinderat als Gratwanderung empfunden, trotz den Sparanstrengungen noch gewisse Impulse zu geben. Der Gemeinderat ist sehr wohl der Ansicht, sich dem Thema Leitbild zu widmen. Er sieht jedoch nicht, dass eine breite Vernehmlassung zu diesem

Leitbild stattfinden soll. Es wird befürchtet, dass das Leitbild danach nur sehr gut tönt und im politischen Alltag nicht griffig eingesetzt werden kann. Selbstverständlich soll aber der GGR über das Ergebnis orientiert werden. Der Gemeinderat ist bereit, die Motion als Postulat entgegenzunehmen.

Ausführungen des Motionärs

Ulrich Nyffenegger: Wir brauchen eine gemeinsame Strategie. Wir wollen alle eine attraktive Bucht haben. Wir wollen in das Freibad investieren. Es stellt sich aber die Frage, für wen dies alles sein soll. Wir haben eine Bibliothek. Es stellt sich die Frage, wie gross diese sein soll, ob es eine Regional- oder eine Schulbibliothek sein soll. Es stellen sich laufend solche Fragen, obschon wir nicht wissen, welche Zielsetzung dahintersteckt, da man nie darüber gesprochen hat. Wir haben kein gemeinsames Ziel. Diese Fragen sind heikel, da wir nicht genügend finanzielle Mittel haben, um alles zu realisieren. Bei der Raumplanung stellt sich die Frage, ob man neue Baugebiete ausscheiden soll. Dabei muss bedacht werden, dass die Gemeinde neue Infrastrukturanlagen erstellen muss (Kanalisation, Strassen, etc.). Für die Erschliessung des Baugebietes Bühl hat die Gemeinde auch Fr. 500'000.-- investiert. Es sollten besser die bestehenden Bereiche aufgewertet werden, damit der Aufwand pro Kopf bei den bestehenden Infrastrukturen kleiner wird. Wie können Aufwand und Ertrag in ein besseres Verhältnis gebracht werden. Man müsste sich überlegen, ob neues Gewerbe angesiedelt werden soll, wie dies Daniel Lanz vorgeschlagen hat. Schlussendlich geht es darum, unsere Entwicklung zu steuern. Aufgrund dieser Steuerung müssen die Finanzen angepasst werden. Wir müssen wissen, für was wir unser Geld ausgeben wollen. Deshalb braucht es Ziele. Dies wird auch Auswirkungen auf NPM haben. Es geht vor allem darum, längerfristige Ziele zu definieren. Der Gemeinderat setzt sich höchstens Ziele für eine Legislaturperiode. Es stellt sich auch die Frage, an was sich die Legislaturziele orientieren und wer diese erstellt. Es ist nicht richtig, wenn der GGR nicht sagen kann, wohin die Gemeinde steuert und wo hin man fahren will. Eine längerfristige Zielsetzung legt die Richtung fest, wo hin man fahren will. Es ist eine Aufgabe der Legislative und nicht der Exekutive. Natürlich ist es für den Gemeinderat praktischer, wenn der GGR nichts dazu zu sagen hat. Der Gemeinderat kann die Zielsetzungen selber festlegen und den GGR orientieren, wie diese erreicht werden sollen. Unser demokratisches System sieht dies wohl etwas anders. Wir brauchen Ziele, welche nicht nur der Gemeinderat festlegt, sondern wo auch der GGR etwas dazu beitragen kann. Es braucht dazu keine grosse Mitwirkung. Ein Leitbild verzögert und verhindert nichts. Die Motion verlangt nicht, dass laufende Prozesse gestoppt oder ein Projekt nicht ausgeführt wird. Es ist wichtig, dass ein Leitbild und eine Strategie besteht, lieber früher als später. Eine Ortsplanung gilt für 15 Jahre. Es wäre deshalb wünschenswert, wenn schon vorher die Strategie festgelegt würde, damit die Massnahmen daraus abgeleitet werden könnten. Bei der Aufgabenüberprüfung wäre es einfacher, wenn man wüsste in welche Richtung man gehen will. Es ist wie bei einem Unternehmen. Es gibt einen Verwaltungsrat und eine Geschäftsleitung. Der Verwaltungsrat setzt die Strategie fest und die Geschäftsleitung setzt diese um. In diesem Sinn handelt es sich nicht um eine neue Aufgabe. Der Gemeinderat ist ohnehin daran, ein Leitbild zu erarbeiten. Deshalb ist er der Ansicht, dass die Aufgabe zwingend gelöst werden muss. Er bleibt bei der Form der Motion und bittet diese zu überweisen.

Fraktionssprecher

Keine Wortmeldungen.

Allgemeine Diskussion

Urs Gurtner: Er bekundet Mühe damit, dass gemäss Motion, die strategische Ebene (Gemeinderat) ein Leitbild erarbeiten soll. Ein Leitbild müsste so erarbeitet werden, wie dies bei SPIEZaktiv der Fall war. Er wird dem Antrag des Gemeinderates folgen, die Motion als Postulat zu überweisen.

Ulrich Nyffenegger: Jemand muss den Prozess in Bewegung bringen. Der GGR kann mitbestimmen und das Leitbild genehmigen.

Andreas Bürki: Der Gemeindepräsident hat bereits ausgeführt, dass man unter Leitbild Verschiedenes verstehen kann. Für ihn ist ein Leitbild wie ein Marschhalt unterwegs im Gebirge oder ein Marschhalt bei der alltäglichen Bürotätigkeit. Unterwegs halten, schauen und zusammen sprechen und wieder weitergehen. Dies tut gut und ist bei jeder verantwortungsvollen Tätigkeit unerlässlich. Wenn man vor einem Gewitter steht, ist es wichtig, die richtigen Entscheide zu treffen. Es gibt verschiedene Wege um ein Ziel zu erreichen. Man kann auch umkehren. Ein Leitbild muss nicht umfangreich und in Stein gemeisselt sein. Das Amt für Wald hat ein Leitbild, welches aus Werten (z.B. Nachhaltigkeit), aus Visionen und Grundsätzen der Führung und der Zusammenarbeit besteht. Diese Inhalte sind nicht neu und wohl auch nicht matchentscheidend. In diesem Sinne kann er das Anliegen von Ulrich Nyffenegger unterstützen.

Franz Arnold: Wenn der Motionär an der Form der Motion festhält, lehnt der Gemeinderat die Überweisung ab. Mit der Form des Postulates wird dem Anliegen die nötige Beachtung geschenkt. Bei der Grossbaustelle NPM wird darauf geachtet, dass nicht verschiedene externe Berater beigezogen werden. Bei der Organisation der Klausur wird Herr U. Seewer wieder eine wichtige Rolle spielen. Mit dem Postulat wird sichergestellt, dass richtig gearbeitet wird.

Ulrich Nyffenegger: Er erklärt sich bereit, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Beschluss (mit grossem Mehr)

Die Motion SP-Fraktion (U. Nyffenegger) betr. Leitbild für die Entwicklung der Gemeinde wird als Postulat überwiesen.

Motion B. Gradwell (EDU) betr. Schulwegsicherung bei der Bushaltestelle Ghei (Abschreibung)

Ausführungen des Gemeinderates

Christian Zaugg: Mit der Überweisung der Motion wurde der Gemeinderat beauftragt, sich beim Kanton dafür einzusetzen, bei der Bushaltestelle Ghei zusätzliche Sicherheitsvorkehrungen vorzunehmen. Die Erstellung einer Passarelle war von Anfang an unrealistisch. Diese kostet mehrere hunderttausend Franken. Ein Fussgängerstreifen ist nach den Normvorschriften des Kantons nicht möglich. Eine Delegation mit Vertretern des Kantons, der BfU, der Gemeinde und GGR-Mitglieder von Einigen hat verschiedene Lösungsvorschläge vor Ort diskutiert. Die Verbesserungen wurden in der Zwischenzeit ausgeführt. Seit der Erstellung der Massnahmen sind weder positive noch negative Rückmeldungen erfolgt. Die Motion kann nach Auffassung des Gemeinderates abgeschrieben werden.

Ausführungen der Motionärin

Barbara Gradwell: Gemeinderat Christian Zaugg und der Abteilung Sicherheit wird für den Einsatz gedankt. Die Aufhebung der Einspurstrecke hat das Überqueren der Strasse sicherer gemacht. Die Mittelinsel soll noch etwas verbreitert werden. Die gute Markierung bringt auch für Fahrradfahrer grössere Sicherheit. Sie ist froh, dass diese Massnahmen ausgeführt wurden.

Fraktionssprecher / Allgemeine Diskussion

Keine Wortmeldungen.

Beschluss (einstimmig)

Die Motion B. Gradwell (EDU) betr. Schulwegsicherung bei der Bushaltestelle Ghei wird als erfüllt abgeschrieben.

Franz Arnold: Bei der Beantwortung der verschiedenen Motionen wurde der Eindruck erweckt, dass Motionen eher etwas „Lästiges“ seien. Natürlich ist die Beantwortung von Motionen mit relativ grosser Arbeit verbunden. Von verschiedenen Seiten innerhalb der Verwaltung wurde jedoch ausgeführt, dass diese Arbeit interessant war und man gezwungen war, die Hintergründe der NPM-Produkte auszuleuchten, was einem vertieften Umgang mit dem Thema NPM dienlich war und ist. Der Gemeinderat und die Verwaltung möchten hier festhalten, dass Parlamentarische Vorstösse auch in Zukunft möglichst sachlich und präzise beantwortet werden.

148 1.302 Motionen, Postulate, Interpellationen Neue Parlamentarische Vorstösse

Motion J. Brunner (SVP) betr. NPM-Produktegruppe Individuelle Sozialhilfe

Im Sinne der wirkungsorientierten Verwaltungsführung wird der Gemeinderat beauftragt, folgende Ziele, Indikatoren und Standards beim Produkt „Individuelle Sozialhilfe“ unter dem Punkt Sozialhilfe zu ergänzen.

Produkteziel	Indikatoren	Standard
Sozial Benachteiligte erhalten Hilfe gemäss kantonalen Standards (SKOS, kant. Richtlinien, Zuschuss nach Dekret)	Einhaltung der rechtlichen Vorgaben	In Rechtsmittelverfahren wird der Standpunkt der verfügenden Instanz in 90 % der Fälle bestätigt
Die Kunden und Kundinnen erlangen ihre persönliche und/oder wirtschaftliche Selbständigkeit und können ihr Leben wieder eigenverantwortliche gestalten.	Personen ohne gesundheitliche oder erziehungsbedingte Einschränkungen, die neu unterstützt wurden, können wieder in die Selbständigkeit entlassen werden.	60 % können innert 12 Monaten abgelöst werden.

Begründung

Die bereits bestehenden Produkteziele zum Punkt 1. Sozialhilfe zeigen auf, wie intern gearbeitet wird. Die Sozialkommission macht eine Überprüfung mittels Stichproben. Welche Wirkung die Arbeit der Sozialen Dienste in der individuellen Sozialhilfe erzielt, lässt sich daraus nicht ablesen, deshalb meine Ergänzung.

Die Motionärin: J. Brunner und 11 Mitunterzeichnende

Verabschiedung

Adrian Sigrist (EDU) wird den GGR auf Ende Juni 2007 verlassen, da er ins Ausland abreist. Der Vorsitzende wünscht ihm in seiner neuen Heimat alles Gute und viel Erfolg. Ein entsprechendes Geschenk wird er noch erhalten.

Schluss der Sitzung um 22.50 Uhr

NAMENS DES GROSSEN GEMEINDERATES

Der Präsident

Der Protokollführer

K. Aegerter

A. Zürcher

Spiez, 26. Juni 2007/az